

Thomas Land: Rezension zu Vincent August: *Technologisches Regieren. Der Aufstieg des Netzwerk-Denkens in der Krise der Moderne. Foucault, Luhmann und die Kybernetik*, Bielefeld: transcript Verlag 2021, 478 Seiten, 38€ und open access unter <https://www.transcript-verlag.de/media/pdf/ae/42/1f/oa9783839455975K5Jp9BQvKlKH7.pdf> .

1 Einleitung

Vincent Augusts ‚Technologisches Regieren‘ ist die überarbeitete Fassung seiner 2018 an der HU Berlin eingereichten und von Herfried Münkler sowie Hartmut Rosa betreuten Dissertation.¹ Gegenstand der Arbeit ist der Aufstieg des Netzwerk- oder – wie August es in Abgrenzung zur Technokratie nennt – technologischen Denkens zum normativen Leitbild von Regierung im Allgemeinen und staatlicher Praxis im Besonderen seit Mitte der 1970er Jahre.² Damit ist Augusts Buch Teil eines aktuellen Trends der Historisierung einer zumeist als neoliberal apostrophierte Epoche ‚nach dem Boom‘, die – so scheint es zumindest – gegenwärtig an ihr Ende gelangt.

Im Zuge einer retrospektiven Einordnung gerät auch das einflussreiche Narrativ eines globalen Siegeszugs ‚des Neoliberalismus‘ seit Mitte der 1970er Jahre immer stärker in die Kritik.³ Bislang gängige Überzeugungen wie ein vermeintliches Primat der Wirtschaft gegenüber dem Staat oder die Umsetzung neoliberaler Ideen als Projekt einer globalen Elite werden zunehmend fragwürdig.⁴ Entsprechende Zweifel hinsichtlich einer nahezu universellen Erklärungskraft des Narrativs einer Neoliberalisierung haben August dazu bewogen, die Entstehung, Verbreitung und Charakteristik eines vermeintlich neoliberalen Regierungsdenkens zu analysieren, das heute zumeist unter dem Begriff Governance zusammengefasst wird.⁵ Der Umschlag von ‚Government zu Governance‘ und die damit erfolgte Aufwertung etwa nicht-hierarchischer, dezentraler Steuerungsformen erscheint dieser Erzählung zufolge als das Ergebnis einer umfassenden Neoliberalisierung von Staat und Gesellschaft seit etwa Mitte der 1970er Jahre; der Imperativ von Selbstregulierung und -organisation weitgehend autonomer, aber miteinander vernetzter Akteuren und Systemen wird als Produkt von Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung sozialer Ordnungen

¹ Zusammenfassungen der zentralen Thesen des Buches finden sich in AUGUST, Vincent: *„Hierarchie, Markt, Netzwerk: Stabilitätsmodelle spätmoderner Demokratien“*, in: HAUSTEINER, Eva Marlene, Grit STRABENBERGER und Felix WASSERMANN (Hrsg.): *Politische Stabilität*, Baden-Baden 2020, S. 96–119 und in AUGUST, Vincent: *„Von ›Unregierbarkeit‹ zu Governance: Neoliberale, teleologische und technologische Staatskritik“*, in: CAVULDAK, Ahmet (Hrsg.): *Die Grammatik der Demokratie. Das Staatsverständnis von Peter Graf Kielmansegg*, Baden-Baden 2019, S. 287–312.

² Siehe dazu auch einführend BEYME, Klaus von: *Theorie der Politik im 20. Jahrhundert: von der Moderne zur Postmoderne*, Frankfurt am Main 1991.

³ Als Überblick über aktuelle Debatten HESSE, Jan-Otmar: *„Mit Hayek in der Handtasche. Hat der Neoliberalismus die Welt verändert? Das Beispiel der bundesdeutschen Handelspolit“*, in: MARX, Christian und Morten REITMAYER (Hrsg.): *Die offene Moderne - Gesellschaften im 20. Jahrhundert: Festschrift für Lutz Raphael zum 65. Geburtstag*, Göttingen 2020, S. 272–294, hier S. 272–281.

⁴ Zum Verhältnis Staat - Ökonomie in den Theorien des Neoliberalismus siehe BIEBRICHER, Thomas: *Die politische Theorie des Neoliberalismus*, Berlin 2021.

⁵ So etwa CHAMAYOU, Grégoire: *Die unregierbare Gesellschaft: eine Genealogie des autoritären Liberalismus*, Berlin: Suhrkamp 2019. Siehe dazu meine Rezension hier: <https://www.rote-ruhr-uni.com/cms/Rezensionen/article/gregoire-chamayou-die-unregierbare-gesellschaft> (abgerufen am 7.10.2020).

aufgefasst. Die normative Aufwertung von Eigen- oder Selbstständigkeit sowie Flexibilität und Dynamik erschließt sich aus der Verbreitung des neoliberalen Ideals der Gesellschaft als Marktplatz.⁶

Nun habe aber, so August, die Hegemonie des Narrativs der Neoliberalisierung übersehen lassen, dass es neben der neoliberalen Herkunft von Governance noch „einen zweiten Reformstrang gegeben habe“ (13), dessen „Leitmetaphorik nicht Märkte und Verträge, sondern Netzwerke und Systeme sind.“ (16) Die „historisch bedingte Konvergenz“ (401) von Neoliberalismus und technologischen Netzwerkdenken habe bislang dazu geführt, die „grundlegenden Unterschiede dieser beiden Deutungsmuster“ (S. 401) zu verkennen. Diese herauszuarbeiten, ist der Anspruch von Augusts Buch. In der historischen Rekonstruktion zeige sich, dass das Regierungsdenken der Gegenwart von „zwei großen Paradigmen geprägt wird: dem Neoliberalismus *und* dem Netzwerk-Denken.“ (16)

2 Argumentationsschritte der Arbeit

I.

Ausgangspunkt und Kontrastfolie für Augusts Rekonstruktion eines eigenständigen, technologischen Regierungsdenkens ist das Paradigma der Souveränität, das das ‚Goldene Zeitalter des Kapitalismus‘ zwischen 1945 und 1975 geprägt hat (Kapitel I.).⁷ Souveränität wird auf unterschiedlichen Ebenen verortet: als *politische Idee* verweist sie auf Repräsentation, Integration und Gemeinwohl; in *philosophischer Hinsicht* basiert sie auf dem autonomen Individuum und den Idealen des Humanismus; in *gesellschaftstheoretischer Perspektive* zielt Souveränität auf die Modernisierung der Gesellschaft durch sozialen und wissenschaftlich-technischen Fortschritt ab. In allen drei Dimensionen versteht sich das Paradigma der Souveränität als Fortsetzung des Projekts der europäischen Aufklärung. Seine praktische Entsprechung fand es im modernen Nationalstaat und seiner Regierung, die sich als die politische Steuerungszentrale des sozialen Fortschritts der Gesellschaft verstand. Die Planung der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft wurde einer ‚verantwortungsvollen‘ Regierung übertragen, die ihre Legitimation aus dem Auftrag der Realisierung des Gemeinwohls ableitete.⁸

August zeigt zunächst, wie sich das Modell souveräner Nationalstaaten in der Nachkriegszeit gegen die seinerzeit diskutierte Alternative einer Weltregierung durchsetzen konnte. Ein möglicher Weltstaat, so wurde argumentiert, sei in letzter Konsequenz nichts anderes als „eine Sonderform des Souveränitätsgedankens“ (48), die jedoch keine „Antwort auf das Auseinanderfallen von Individuum und Gesellschaft“ (83) geben könne. Allein die

⁶ So etwa BROWN, Wendy: *Undoing the demos: neoliberalism's stealth revolution*, New York 2015. Siehe dazu auch SÜß, Dietmar: „Der Sieg der grauen Herren? Flexibilisierung und der Kampf um Zeit in den 1970er und 1980er Jahre“, in: DOERING-MANTEUFFEL, Anselm, Lutz RAPHAEL und Thomas SCHLEMMER (Hrsg.): *Vorgeschichte der Gegenwart: Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*, Göttingen 2016, S. 109–127. Als Überblick AHRENS, Ralf: „Macht und Märkte. Vermarktlichung als historische Forschungsperspektive“, in: GRAF, Rüdiger (Hrsg.): *Ökonomisierung: Debatten und Praktiken in der Zeitgeschichte*, Göttingen 2019, S. 73–93.

⁷ Was bei August unter dem Begriff der Souveränität verhandelt wird, steht in der Zeitgeschichtsschreibung zumeist unter der Überschrift des Fordismus. Dazu SALDERN, Adelheit von: „'Alles ist möglich.' Fordismus - ein visionäres Ordnungsmodell des 20. Jahrhunderts“, in: RAPHAEL, Lutz (Hrsg.): *Theorien und Experimente der Moderne: Europas Gesellschaften im 20. Jahrhundert*, Köln/Weimar/Wien 2012, S. 155–192.

⁸ „Die souveräne Politik hatte die Aufgabe, durch eigenverantwortliche Führung die Integration und Entwicklung der Gesellschaft zu gewährleisten.“ (17)

Souveränität der Einzelstaaten erfülle die „Voraussetzung des Regierens“ (49) und sei damit alleiniger Garant einer „stabile[n] Ordnung“ (48).⁹

Im Folgenden unterscheidet August drei typische Varianten des Souveränitätsdenkens, die jeweils anhand exemplarischer Vertreter illustriert werden: ein kritisch-subversive Narrativ mit Frantz Fanon (Existentialismus und Marxismus), ein christlich-liberales Narrativ mit Bertrand de Jouvenel (Gerechtigkeit und formale Rechtsstaatlichkeit) und ein bürgerlich-republikanisches mit Wilhelm Hennis und Werner von Simson (aristotelische Anthropologie und substantieller Staatsbegriff). In ideengeschichtlicher Hinsicht repräsentiert die Auswahl damit die drei, sich im 19. Jahrhundert konsolidierenden politischen Strömungen von Sozialismus, Liberalismus und Konservatismus.¹⁰

Gemeinsam war den drei Ausprägungen des Souveränitätsdenkens die Aufladung des ‚alteuropäischen‘ Souveränitätsgedankens mit einer „dezidiert humanistischen Wertedimension“ (71), die eine Reaktion auf den Werteverfall der westlichen Gesellschaften im Zuge zweier Weltkriege war. Die Berufung auf ein – freilich sehr unterschiedlich interpretiertes – menschliches Maß der Politik sollte in Zukunft soziale Integration und gesellschaftliche Stabilität garantieren. Die „narrative und konzeptionelle Variabilität“ (83) der Souveränitätstheorien verweist so auf einen gemeinsamen Bezugsrahmen: „Hinter der Differenz der Situationen und Positionen stiftete Souveränität [...] eine gemeinsame Welt zwischen den Akteuren.“ (83) Diese geteilte ‚Welt der Souveränität‘ führt August entlang von drei Dimension (1. Verhältnis von Staat und Gesellschaft, 2. Wissensordnung und 3. Praxisfelder) aus:

1. In ordnungspolitischer Hinsicht gingen alle drei Ansätze von der Führungsrolle des Staates gegenüber der Gesellschaft aus. „Die Integration der Gesellschaft könne [...] gelingen, indem man *über* den auseinanderstrebenden gesellschaftlichen Dynamiken eine Ordnungsinstanz einsetzte. *Souveränität implizierte daher, dass die Politik in einem hierarchischen Verhältnis zur Gesellschaft steht. Ihre Aufgabe ist die Führung der Gesellschaft.*“ (84). Das hierarchische, zentralistische und teleologische Staats- und Regierungskonzept legitimierte sich durch die Orientierung des Staates an Gemeinwohl bzw. Gemeinwohl, wodurch die politische Führung zur „Rücksprache mit der Bevölkerung“ (86) angewiesen war. Daraus leiteten sich die „zwei zentralen demokratiethoretischen Prinzipien [...], nämlich Repräsentativität und Responsivität“ (87) ab. Die jeweiligen Regierungen müssen, gerade weil sie das Wohl der ganzen Gesellschaft verfolgen, einerseits eigenverantwortlich, unabhängig und in ihren (souveränen) Entscheidungen frei sein. Andererseits müssen sie ihre Entscheidungen gegenüber der Bevölkerung verantworten, sich also etwa in Wahlen

⁹ „Der Kern des Souveränitätsarguments war“, so August, „dass es eine übergeordnete Stelle logisch und faktisch immer gebe.“ (49) Nur die souveräne Staatsgewalt könne aber, aufgrund der Autorität und Legitimität der Regierung infolge der Identität von Herrschern und Beherrschten, zugleich die Freiheit des Einzelnen als auch die Einheit der politischen Gemeinschaft garantieren. Die souveräne Selbstgestaltung des Gemeinwesens wurde als die Voraussetzung der Selbstverwirklichung der Mitglieder des Gemeinwesens verstanden (vgl. 82). Das Konzept der Souveränität beinhaltet damit nicht zuletzt das Versprechen, dem Auseinanderfallen der Gesellschaft durch eine sozialintegrative Politik der Modernisierung Halt zu gebieten und damit dem Totalitarismus die Grundlage zu entziehen.

¹⁰ Die Zusammenstellung und Charakterisierung der einzelnen Varianten des Souveränitätsdenkens durch August wäre im Detail zu kritisieren. Beispielsweise, dass beim christlich-liberalen Souveränitätsmodell die Bedeutung von Kontraktualismus und Naturrecht zu kurz kommt. Zum Thema jetzt allg. NEUMANN, Volker: *Volkswille: das demokratische Prinzip in der Staatsrechtslehre vom Vormärz bis heute*, Tübingen 2020.

bewähren und öffentlicher Kritik stellen, wodurch zugleich die Integration des Einzelnen in die politische Gemeinschaft verbürgt und die Gefahr der Vereinzelung gebannt wird.

2. In epistemischer Hinsicht basierten sie auf dem aufklärerischen und humanistischen Ideal eines Subjekts als ein mit einem freien Willen ausgestatteten, autonomen Individuums, das seine Fähigkeit zur Selbstbestimmung und seine moralische Verantwortlichkeit in einem Bildungsprozess entwickelt. Die Perfektibilität (des Einzelnen, der Staaten, der Weltgesellschaft) wiederholt sich im Zeitverständnis der Moderne als einem Kontinuum, das eine offene Zukunft mit einem linearen, auf Fortschritt ausgerichteten Zeitbewusstsein verbindet und die gesellschaftliche Entwicklung als mach- und planbar betrachtet. Die Raumvorstellung des Souveränitätsdenkens basiert auf einem Container-Begriff eines ‚flachen‘ und abgrenzbaren Raums oder einer „parzellierte[n] Fläche“ (382), die das (nationalstaatliche) Territorium als einen „Gestaltungsraum“ (94) der Regierung versteht. Subjekt-, Zeit- und Raumkonzeption werden schließlich im Regierungsdenken der Souveränität zusammengeführt.

3. In regierungspraktischer Hinsicht konzentriert sich das souveräne Regierungshandeln auf drei Aufgabenbereiche, die sich aus den beschriebenen ordnungspolitischen und epistemischen Grundannahmen ergeben: internationale Verträge und Organisation (Vereinte Nationen), Planung und Modernisierung der Gesellschaft (Globalsteuerung, Keynesianismus, aktiver Staat, wissenschaftliche Politikberatung, Sozial- als Gesellschaftspolitik usw.) sowie Bildung und Erziehung des Einzelnen zu mündigen, souveränen (Staats-)Bürgern (Verantwortungsbewusstsein als Bedingung für demokratische Partizipation). Die übergeordneten Ziele der Politik bestanden in der Wahrung des Friedens durch außenpolitische Stabilität sowie sozialer und politischer Integration durch wirtschaftlichen Wohlstand und demokratischer Teilhabe. Aus der Konzeption der Souveränität erschließen sich entsprechend die typischen Spannungen und Konflikte der Hochmoderne etwa zwischen Planung und Demokratie („*Normkonflikt zwischen souveränem Staat und souveränen Bürger:innen*“ (104)) oder Humanismus und Technokratie („*Konflikt zwischen den humanistischen Zielen und ihren technischen Mitteln*“ (104)).¹¹ Aus letzterem sollte sich schließlich das technologische Denken entwickeln, das die „die Wahrnehmungs- und Denkmuster der Souveränität hinter sich lassen“ (104) sollte.

II.

Im Folgenden (Kapitel II.) beschreibt August, wie das moderne Staats- bzw. souveräne Steuerungsdenken als Ausdruck eines technokratischen Denkens zunehmend in die Kritik geriet. August unterscheidet zwei Varianten der Kritik, die jeweils kybernetische Argumente bemühten: „Die eine ist eine Selbstkritik des souveränen Regierungsdenkens, die andere eine Demontage.“ (106). Während die erste Variante der Kritik „noch völlig im normativen Bann des Souveränitätsdenkens stand“ (107), weil sie für eine humanistische Revision des technokratischen Steuerungsdenkens plädierte oder dieses gar als inhuman ablehnte, übten die Vertreter der zweiten Variante eine viel grundsätzlichere Kritik. Letztere verstanden die Kybernetik nicht nur als Mittel einer Korrektur eines lediglich partiell defizitären Souveränitätsdenkens.

¹¹ Dazu SEEFRIED, Elke: „*Mehr Planung wagen? Die regierende Sozialdemokratie im Spannungsfeld zwischen politischer Planung und Demokratisierung 1969–1974*“, in: SCHILDT, Axel und Wolfgang SCHMIDT (Hrsg.): »*Wir wollen mehr Demokratie wagen*«: *Antriebskräfte, Realität und Mythos eines Versprechens*, Bonn 2019, S. 105–124.

Während man sich also im ersten Fall zumeist auf „den Exzess technischen Steuerungswissens“ (107) konzentrierte, meinte man im zweiten Fall eine viel umfassendere Kritik am souveränen Regierungskonzept formulieren zu müssen, die sich nicht durch ein selbstkritisches Ausbalancieren „von humanistischen Zielen und technischen Mitteln“ (107) lösen lasse. Vielmehr müsse an die Stelle der kausalen, hierarchischen und starren Subjekt-Objekt-Unterscheidung der souveränen Regierung „ein neues Modell“ (107) treten, das „Regieren als zirkuläre Selbstregulation“ (107) versteht.

Eine Schlüsselrolle bei der Kritik am Paradigma der Souveränität weist August der Kybernetik zu. Zunächst noch dem Anspruch einer „lineare[n], deterministische[n] Regulierungsform, in der der Informationsfluss nur in eine Richtung fließt“ (S. 150) verhaftet, emanzipierten sich die second-order cybernetics vom souveränen Regierungsdenken und wendeten sich der Analyse von Komplexität und Kontingenz zu.¹² Zur Beschreibung der Organisation komplexer (soziale) Systeme, so ihre Einsicht, sei der Rückgriff auf lineare bzw. kausale Modelle mit fixen Vorgaben für Input und Output inadäquat. Die Regulation von System unterscheidet sich damit fundamental von früheren Formen der Herrschaft. Mit der daraus abgeleiteten Aufgabe der traditionellen Unterscheidung von Steuerungsobjekt und -objekt entwickelte sich das kybernetische schließlich zum technologischen Denken weiter.

Während bis dato Zufall, unvorhergesehene Wechselwirkungen zwischen System und Umwelt oder unvollständige Kenntnis bestimmter Faktoren als potenzielle Bedrohung (der Systemstabilität und -reproduktion) betrachtet wurden, die es entsprechend zu kontrollieren oder zu beseitigen galt, sahen die second-order cybernetics bzw. das technologische Denken darin ein bislang unausgeschöpftes Potential. Da komplexe Systeme aufgrund ihrer emergenten Eigenschaften und ihrer „konstitutive[n] Intransparenz“ (163) stets Neuartiges und Unvorhergesehenes hervorbringen, seien sie prädestiniert für die Lösung der Krisen der 1970er und 1980er Jahre, die nicht zuletzt als Krisen von Innovation und Flexibilität angesichts einer zunehmend dynamischen und vernetzten Welt verstanden wurden.¹³

Augusts Ausführungen zur Planung, Technokratie und Kybernetik während ihrer Hochphase (laut August zwischen etwa 1964 und 1973) sind informativ, bringen aber keine neuen Erkenntnisse hervor – waren diese Themen doch ein zentraler Untersuchungsgegenstand

¹² PICKERING, Andrew: *The cybernetic brain: sketches of another future*, Chicago/London 2010, S. 383. Pickering behauptet nämlich, dass „the cybernetic sense of ‚control‘“ von Anfang an nicht dem „hierarchical, linear ‚command and control,‘ of a power that flows in just one direction in the form of instructions for action“ verpflichtet war. „Instead, in line with its ontology of unknowability and becoming, the cybernetic sense of control was rather one of getting along with, coping with, even taking advantage of and enjoying, a world that one cannot push around in that way. Even in its most asymmetric early moments, cybernetics never imagined that the classical mode of control was in fact possible.“ (ebd.)

¹³ Siehe dazu GLOY, Karen: *Komplexität - ein Schlüsselbegriff der Moderne*, Paderborn 2014, LEENDERTZ, Ariane: „Das Komplexitätssyndrom: Gesellschaftliche ‚Komplexität‘ als intellektuelle und politische Herausforderung“, in: LEENDERTZ, Ariane und Wencke METELING (Hrsg.): *Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er-Jahren*, Frankfurt am Main 2016, S. 93–131 und LEENDERTZ, Ariane: „Amerikanische Policy-Forschung, Komplexität und die Krise des Regierens: Zur gesellschaftlichen Einbettung sozialwissenschaftlicher Begriffsbildung“, in: *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 42/1 (2019), S. 43–63. Siehe auch DEUERLEIN, Martin: *Das Zeitalter der Interdependenz. Globales Denken und internationale Politik in den langen 1970er Jahren*, Göttingen 2020.

der Zeitgeschichtsschreibung der letzten zwanzig Jahre.¹⁴ August stützt sich vielfach auf die einschlägige und mittlerweile zahlreiche Sekundärliteratur zum Thema, etwa wenn er hinsichtlich Technokratie (und ihrer Kritik) subjektbezogene „Herrschaft technischer Experten“ (114) und unpersönliche „Herrschaft von Technik selbst“ (114) unterscheidet oder die diversen Ausprägungen und Überschneidungen der Technokratie-Kritik rekonstruiert. Am Ende, so das Fazit von August, drehte sich die Technokratie-Debatte darum, ein Primat der Souveränität (des Menschen, der Regierung) gegenüber einer sich verselbstständigenden Übermacht der Instrumente rationaler Herrschaft zu behaupten: „Die Ausbreitung der ‚Techniker‘ entsprach einer Ausbreitung der Technik, die Absetzung der ‚Politiker‘ passte zur Diagnose sachgesetzlicher Entpolitisierung, und beides ließ sich auf eine Perversion von technischen Mitteln und humanistischen Zwecken zuspitzen. Diese Pointierung skizzierte die existenzielle Bedrohung des souveränen Individuums und des souveränen Staates mit ihrem moralisch angeleiteten Entscheidungs- und Handlungsspielraum, um dann eine forcierte Anstrengung im Dienste der Souveränität einzufordern.“ (125-126) Aus diesem Diskurs ausgestiegen zu sein, so ließe sich das Ergebnis des II. Kapitel zusammenfassen, ist das bleibende Vermächtnis von Kybernetik und Systemtheorie.

III.

Während das vorangegangene Kapitel die theoretischen Neuerungen auf dem Gebiet der Kybernetik betrachtete, behandelt das III. Kapitel die realhistorischen Transformationen der westlichen Gesellschaften seit Anfang der 1970er Jahre, die erst die Implementierung kybernetischer Regulierungsformen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ermöglichten. Zentrales Thema dieses Abschnitts ist die sogenannte Krise der Regierbarkeit sowie der Umschlag vom Planungsoptimismus der 1960er zum Steuerungspessimismus der 1970er Jahre.¹⁵ „Nicht die Übermacht technokratischer Steuerung“, so August, „sondern der Verlust von Steuerungsfähigkeit standen fortan im Zentrum.“ (127) Damit waren die externen Voraussetzung dafür gegeben, dass sich ein technologisches Denken etablieren konnte, dessen Möglichkeiten der kybernetische Diskurs bereits vorwegnahm, ohne sie jedoch voll entwickeln zu können. Erst der „tiefgehende Umbruch im Selbst- und Regierungsverständnis der westeuropäischen Gesellschaften“ (166) infolge der Krisen der 1970er Jahre machte den Weg für das Netzwerkdenken frei. Entlang der zeitgenössischen Krisendiagnostik von 1969 bis 1980 werden drei Problemlagen rekonstruiert, anhand derer sich die Infragestellung der Regierungsfähigkeit der Staaten entzündete: 1. die Stagflation als Krisensymptom des Wohlfahrtsstaates, 2. die Konfrontation sozialer Interessen und die 3. Eskalation von Gewalt in Krieg und Terrorismus. August rekurriert in diesem Zusammenhang auf die geschichtswissenschaftlichen Arbeiten zum Strukturbruch und den von ihnen herausgearbeiteten Krisenphänomenen, die er um einen „epistemischen Bruch“ (173)

¹⁴ Hier lediglich METZLER, Gabriele: „„Geborgenheit im gesicherten Fortschritt“. Das Jahrzehnt von Planbarkeit und Machbarkeit“, in: FRESE, Matthias, Julia PAULUS und Karl TEPPE (Hrsg.): *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch: die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, Paderborn 2003 S. 777–797, RUCK, Michael: „Planung“, in: VOIGT, Rüdiger (Hrsg.): *Handbuch Staat*, Wiesbaden 2018, S. 1071–1084 und SEIBEL, Benjamin: *Cybernetic Government: Informationstechnologie und Regierungsrationalität von 1943-1970*, Wiesbaden 2016.

¹⁵ Hier lediglich METZLER, Gabriele: „Staatsversagen und Unregierbarkeit in den siebziger Jahren?“, in: JARAUSCH, Konrad H. (Hrsg.): *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008, S. 243–260.

ergänzt. Es wurde mit den „Kernversprechen des Regierungskonzepts Souveränität“ (173) gebrochen und die „Koordinaten der Gesellschaftsformation Moderne selbst zur Diskussion gestellt.“ (173)

Vier prominente Krisennarrative mit ihren jeweiligen Krisendiagnosen und Lösungsvorschlägen werden näher betrachtet. Während konservative (1.) und neomarxistische Ansätze (2.) dem Paradigma der Souveränität verhaftet blieben und daher letztlich anachronistische, weil unterkomplexe Krisenlösungsstrategien anboten, formulierten das neoliberale (3.) und das technologische Krisennarrativ (4.) Lösungsstrategien, die der tatsächlichen Problemlage angemessen waren (wobei das neoliberale Deutungsmuster noch mit einem Bein im Diskurs der Souveränität stand, wie August betont).

Die Gemeinsamkeit von konservativer und neomarxistischer Krisendiagnose (1. und 2.) bestand laut August darin, dass sie in ein „unlösbare[s] Dilemma“ (182, 188) gerieten: Da sie sich mit ihren Lösungsvorschlägen weiterhin im epistemischen Rahmen des souveränen Regierungsparadigmas bewegten, das ja seinerseits die Ursache für die multiplen Krisen der Hochmoderne war, hätten die von ihnen vorgeschlagenen und auf den Staat fixierten Strategien der Krisenlösung die Krisen zusätzlich verschärft. Auf die „Krisen des Krisenmanagements“ (Claus Offe), so August, hätten sowohl Konservative wie Neomarxisten keine Antwort gefunden. Letztlich blieben sie dabei stehen, die Unzulänglichkeit der bisherigen Strategien des Krisenmanagements zu konstatieren. An dieser Stelle wird ein zentrales Problem der Arbeit deutlich: August übernimmt die Perspektive der Vertreter des technologischen Regierungsdenkens als Grundlage für seine historische Rekonstruktion, etwa wenn er Foucault darin folgt, dass weder der Marxismus noch der klassische Institutionalismus der Konservativen angesichts der Krise der 1970er Jahre etwas Neues oder Interessantes hervorgebracht hätten (vgl. 210 und 273-274). Ob diese allerdings keine (realistischen?) Lösungsvorschläge anzubieten hatten, wie August behauptet, bliebe zu diskutieren. Denn „[a]n Lösungsvorschlägen für die Legitimitätsprobleme der Organisations- respektive Staatsgesellschaft hat es freilich [...] nicht gefehlt“, so etwa Stefan Lange.¹⁶ Mit der Erneuerung der sozialmoralischen Grundlagen der Gesellschaft und den zivilgesellschaftlichen Strategien einer Systemtransformation hatten sowohl Konservative als auch Neomarxisten durchaus etwas im Angebot.¹⁷ Ich komme am Ende auf dieses Problem zurück.

Das neoliberale Krisennarrativ (3.) versuchte das Problem steigender gesellschaftlicher Forderungen („Anspruchsspirale“) bei sinkender staatlicher Steuerungskapazität durch eine Entstaatlichung der Gesellschaft bzw. eine Vergesellschaftung des Staates zu lösen. Einerseits sollten Organisationen der Zivilgesellschaft administrative Aufgaben des Staates übernehmen und soziale Leistungen in Kooperation mit dem Staat erbringen („zivilgesellschaftlicher Liberalismus“). Andererseits sollte die Produktion bis dato öffentlicher Güter privatwirtschaftlich erfolgen („ökonomischer Liberalismus). Beide

¹⁶ LANGE, Stefan: „Legitimitätsprobleme in der Organisationsgesellschaft“, in: JÄGER, Wieland und Uwe SCHIMANK (Hrsg.): *Organisationsgesellschaft: Facetten und Perspektiven*, Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss 2005 (Hagener Studientexte zur Soziologie), S. 148–185, hier S. 159. Im Anschluss an die zitierte Passage geht Lange ausführlich auf die jeweiligen Lösungsvorschläge ein.

¹⁷ Für den Konservatismus siehe BIEBRICHER, Thomas: *Geistig-moralische Wende: die Erschöpfung des deutschen Konservatismus*, Berlin 2019, S. 17–85. Für die Neue Linke siehe KLEIN, Ansgar: *Der Diskurs der Zivilgesellschaft: politische Kontexte und demokratietheoretische Bezüge der neueren Begriffsverwendung*, Opladen 2001.

Strategien zusammen verfolgten das Ziel einer ‚Pluralisierung des Gemeinwohls‘, das fortan keinen exklusiven Gegenstand staatlicher Aktivität mehr darstellen sollte.¹⁸ Insgesamt, so Augusts Fazit, „verfügten die Neoliberalen nicht nur über eine Krisendiagnose für Ökonomie und Politik und über eine Theoriesprache, um die Dilemmata von Effizienz und Legitimität zu erklären. Sie hatten auch bereits sehr konkrete Vorstellungen, wie diese zu überwinden seien, und zwar durch eine Neuformulierung der gesellschaftlichen Ordnung mit den Begriffen der Rational-Choice-Theorie und ihrer Regelmechanik.“ (199) Damit stand die neoliberale Krisentherapie aber noch mit einem Bein auf dem Boden souveräner Regierungspraxis der Moderne, versuchte sie doch der Rationalität des Staates die effizientere Rationalität des Marktes entgegenzusetzen. Neoliberale Politik, darauf weist August mit Blick auf das administrative Reformprogramm des New Public Management ausdrücklich hin, war kein Ab-, sondern ein Umbau des Staates, dem weiterhin zentrale ordnungspolitische Funktionen im Sinne der Souveränität und eines instrumentellen Staatsverständnisses zugesprochen wurden.¹⁹ Der Neoliberalismus war in seinem Reformanspruch gewissermaßen nicht umfassend genug, da er nur bestimmte Basisannahmen der Moderne radikalisierte, die er vom Ordoliberalismus und der Neoklassik übernahm.²⁰

Aus der Zwischenstellung des Neoliberalismus zwischen klassischer Moderne und Spätmoderne leitet sich seine Integrationsfunktion ab: Das „ausgeprägte hierarchische Denken im neoliberalen Ansatz“ (199) machte es etwa für Konservative attraktiv, während „die Offenheit für (bestimmte) zivilgesellschaftliche Arrangements“ (199) zugleich Anschlussmöglichkeiten für enttäuschte Neomarxisten bot.

Wie das neoliberale habe auch das technologische Krisennarrativ (4.) verstanden, dass die „wachsende Komplexität der Gesellschaft“ (200) die eigentliche Krisenursache sei, worauf man „nicht mit den alten, zu einfachen Denkweisen und Methoden“ (200), also etwa kausale Steuerung, zentrale Planung oder einer weiteren Rationalisierung und Verrechtlichung von sozialen Prozessen reagieren könne. Da sich Komplexität, Interdependenz und Kontingenz in ausdifferenzierten, vernetzten Gesellschaften nun nicht – wie noch vom Souveränitätsdenken vorgeschlagen – kontrollieren oder gar reduzieren lassen, gelte es, sich von rationalistischen und dirigistischen Steuerungsansprüchen zu verabschieden und zur Akzeptanz oder besser: Affirmation der (Selbst-)Regulation von komplexen, selbstorganisierten und miteinander vernetzten Systemen überzugehen, die nicht länger in Begriffen von Herrschaft und Regierung, Befehl und Gehorsam oder Vertrag und Besitz beschrieben werden dürfen. Ohnehin hänge die Feststellung etwa sozialer Probleme wesentlich von ihrer Beschreibung und ihrem theoretischen framing ab, weswegen es keinen one best way einer rationalen, ‚richtigen‘ Problemlösung gebe. Durch die Neubeschreibung der Welt in systemtheoretischen Kategorien und kybernetischen Begriffen, so die Hoffnung, ließen sich Mechanismen der Selbstregulation finden, die „ein höheres Maß an Kooperation, Kommunikation, Aktivität und Flexibilität“ (206) ermöglichen „als es die alte Rationalität der Moderne zuließ.“ (206)

¹⁸ Dazu allg. die Arbeiten von Franz-Xaver Kaufmann. Hier lediglich KAUFMANN, Franz-Xaver: *Sozialpolitik und Sozialstaat: soziologische Analysen*, Opladen 2002.

¹⁹ LESSENICH, Stephan: *Die Neuerfindung des Sozialen: der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*, Bielefeld 2008.

²⁰ Dazu BIEBRICHER, Thomas und Ralf PTAK: *Soziale Marktwirtschaft und Ordoliberalismus zur Einführung*, Hamburg 2020.

August begreift die zeitgenössischen Krisendiskurse, die Diagnose ‚Staatsversagen‘ und (Un-)Regierbarkeitsdebatten der 1970er und frühen 1980er Jahre sowohl als Indikatoren wie Katalysatoren eines Strukturwandels der Moderne. Dieser drückte sich nicht allein in einer Krise der modernen Politik- und Gesellschaftsideen aus, sondern löste darüber hinaus eine Krise der Ontologie der Moderne, „einschließlich der dahinterstehenden Zeit-, Raum- oder Subjektkonzeptionen“ (209), aus. In der „epistemischen Krise“ (216) vermochten die „bekannten Deutungsmuster aus dem Rahmen der Souveränität keine befriedigenden Antworten“ (216) mehr zu geben. Eben hier konnte das technologische Krisennarrativ mit einer Alternative aufwarten: auf die aus Sicht der Moderne problematische, zu kontrollierende und zu reduzierende Komplexität des Sozialen wird mit einer Neubeschreibung der Welt in Begriffen von Netzwerk, Systemen und Spielen reagiert, womit eine positive Besetzung von Differenz und Diversität erfolgte, die zuvor als potentielle Störungsquellen galten. Von der affirmativen Deutung von Differenz und Diversität versprach man sich die gewünschte Flexibilität, derer es in der bürokratischen und technokratischen Ordnung einer ‚verwalteten Welt der Moderne‘ mangelte. „Das technologische Krisennarrativ entwickelte eine Antwort auf die Krisenwahrnehmungen, indem es die ›Komplexität‹ der sozialen Beziehungen mit der ›Simplizität‹ des modernen, souveränen Steuerungsdenkens kontrastierte. Das moderne Denkmuster sei zwar bisher erfolgreich gewesen, hätte aber gerade dadurch die Interdependenzen und Verflechtungen immer weiter verdichtet, sodass es nun zwangsläufig an den komplexen Bedingungen scheitere. Solange man dieses Scheitern nicht einsehe, würden die starren, hierarchischen Interventionen immer weiter in die Krise führen.“ (377)

IV.

In den nächsten beiden Kapiteln (IV. und V.) wird die Entwicklung des postsouveränen, technologischen Netzwerkdenkens anhand von Fallstudien zu Michel Foucault und Niklas Luhmann nachvollzogen, die von August „als Vertreter einer breiten Strömung technologischer Antworten auf die Krise der Moderne“ (378) aufgefasst werden.²¹

Ich werde im Folgenden nicht detailliert auf die im Wesentlichen chronologische Abhandlung der Theorien von Foucault und Luhmann vor dem Hintergrund der Einflüsse aus Informationstheorie und Kybernetik eingehen, die m.E. keine Einsichten formulieren, die eine grundlegend neue Interpretation ihrer Werke zur Folge hätte.²² So zeigt Augusts Rekonstruktion der „Einflüsse des kybernetischen Denkens auf Foucault“ (221) zwar, dass

²¹ Übrigens behandelt August Foucault und Luhmann keineswegs als „die entscheidenden Wegbereiter eines Regierungsdenkens der Technologie, das unsere Gegenwart prägt“, wie Julian Müller in seiner Rezension für Soziopolis behauptet. MÜLLER, Julian: „*Theorie der Gesellschaft oder Regierungstechnologie? Rezension zu ‚Technologisches Regieren. Der Aufstieg des Netzwerk-Denkens in der Moderne. Foucault, Luhmann und die Kybernetik‘ von Vincent August*“, in: *Soziopolis.de* (18.08.2021), <https://www.sozopolis.de/theorie-der-gesellschaft-oder-regierungstechnologie.html> (abgerufen am 22.08.2021) Dort heißt es, „Vor allem ist es der ‚immensen Wirkmacht‘ (S. 31) zweier Theoretiker geschuldet, dass dieses Denken bis heute nachwirken konnte und unsere Vorstellung von Gesellschaft, Politik und Regierung in einer Deutlichkeit bestimmt, die kaum zu überschätzen ist.“

²² August weist ausdrücklich darauf hin, dass er mit der Kybernetik keinen Universalschlüssel zur Auslegung von Foucault bzw. Luhmann gefunden hat. Vgl. dazu S. 222, Anm. 2. Im Großen und Ganzen folgt August, trotz einiger Vorbehalte, den Einteilungen der Werkphasen und Interpretationslinien von SAAR, Martin: *Genealogie als Kritik: Geschichte und Theorie des Subjekts nach Nietzsche und Foucault*, Frankfurt/Main 2007 und LANGE, Stefan: *Niklas Luhmanns Theorie der Politik*, Wiesbaden 2003.

sein „Netzwerkmodell der Macht einschließlich der ‚Technologien des Selbst‘ auf den kybernetischen Konzepten zirkulärer, reflexiver Regulation auf[baut]“ (223), trägt darüber hinaus aber kaum etwas zum besseren Verständnis von Foucaults bisweilen kryptischen Formulierungen zur Macht bei. Der Nachweis kybernetischer Denkfiguren und Modelle (Schaltplan, Stromkreise, Relais, Zirkulation usw.) sowie der Verweis auf die „Metapher des Netzwerks“ (S. 251) bei Foucault machen weder Foucaults „recht abstrakte Rede von der Relationalität eines Systems besonders anschaulich“ (ebd.), noch „plausibilisiert“ (ebd.) sie „auf diese Weise die theoretischen Folgerungen von Foucaults Machtmodell“ (ebd.), wie August behauptet. Es erfolgt lediglich der Wechsel des Begriffsregisters. Eine metaphorische Rede wird durch eine andere, nicht minder abstrakte ersetzt bzw. ergänzt. Die aufgezeigten Analogien sowie die Rekonstruktion der Genese tragen zur Frage der Geltung nichts bei.²³ Auch vor dem Hintergrund kybernetischer Denkfiguren bleibt unklar, was es heißen soll, wenn Foucault Macht z.B. als „ein feines Netz“ beschreibt, das „unter Strom gesetzt wird“ (251, zitiert nach Foucault, Michel: *Sexualität und Wahrheit I*, Frankfurt am Main 1986, 75). Für August ist ein Ergebnis von Foucaults, von der Kybernetik inspirierten Neufassung der klassischen Vertrags- und Besitztheorien von Macht, dass Macht als „Interaktionssystem zu verstehen“ (337) sei, da „Macht keine Substanz hat und kein Gut ist, sondern nur in den jeweils aktuellen Prozessen besteht“ (252) und „[d]iese Prozesse und ihre Ergebnisse [...] sich aber verändern [können] (Kontingenz und Variabilität)“ (252). Die analytische Auflösung von Herrschaft und Regierung in eine Vielzahl letztlich unzusammenhängender, in jedem Moment neu ausgefochtener, singulärer Kämpfe bzw. die Überführung von Herrschaft in „*nicht-kausale, mehrseitige Machtbeziehung*“ (389) richtet sich gegen die vertrags- und anerkennungstheoretischen bzw. Besitz- und Legitimationsvorstellungen von Macht.²⁴ Letztere konzipierten, so Axel Honneth, Macht primär als „Aneignung und Ausübung von Verfügungsrechten oder Zwangsinstrumenten“²⁵. Die Neubestimmung von Foucault, so August, biete demgegenüber einen „enorme[n] *analytische[n] Mehrwert*“ (389), erlaubt sie doch, „Machtverhältnisse auch jenseits der politischen Institutionen zu thematisieren und zudem unterschiedliche Formen der Machtbeziehungen auszumachen.“ (389) Allerdings, so mein Einwand, kann gerade der damit verbundene Anspruch, nämlich „die Reproduktionsprozesse empirisch nachzuweisen und ihre Existenz ausgehend von der Unwahrscheinlichkeit und Kontingenz ihrer Entstehung zu erklären“ (389), von Foucaults handlungstheoretischer Konzeption von Macht als situatives Produkt strategischer Auseinandersetzungen und Konflikte nicht eingelöst werden, wie bereits Honneth Mitte der 1980er Jahre überzeugend dargelegt hat.²⁶ Da diese Auffassung von Macht auf handlungstheoretischen Prämissen basiert, die Macht als situative Beeinflussung der Aktivitäten von miteinander konkurrierenden Subjekten oder Akteuren versteht, werden

²³ Etwa wenn es heißt: „Der Poststrukturalismus steht zum Strukturalismus wie die Kybernetik zweiter Ordnung zur Kybernetik erster Ordnung.“ (234)

²⁴ Siehe zum Thema jetzt MAURER, Andrea und Christoph LAU: „*Herrschaft und Macht, Version: 2.0*“, in: *Docupedia-Zeitgeschichte* (2021), http://docupedia.de/zg/Lau_maurer_herrschaft_und_macht_v2_de_2021.

²⁵ HONNETH, Axel: *Kritik der Macht: Reflexionsstufen einer kritischen Gesellschaftstheorie [1985]*, Frankfurt am Main 1989, S. 174.

²⁶ Siehe Kapitel 5 in ebd., S. 168–195. Zum Thema allg. REHMANN, Jan: *Postmoderner Links-Nietzscheanismus. Deleuze & Foucault. Eine Dekonstruktion*, aktualisierte und erweiterte Neuauflage, Kassel 2021.

1. rechtliche Normen, Werte oder moralische Orientierung, die de facto eben auch die Interaktion von Akteuren präfigurieren, zur bloßen Illusion erklärt, hinter der sich eine ununterbrochene Konfliktsituation verbirgt.

2. ‚anonyme‘, subjektlose Formen etwa ökonomischer Macht vernachlässigt, die die Bedingungen für die Ausbildung und Verfolgung gegensätzlicher Interessen darstellen.²⁷

Zu 1.) Foucaults ‚Dekonstruktion‘ von sozialer Macht in einen ununterbrochenen Prozess strategischer Auseinandersetzungen zwischen Akteuren oder Kollektiven, so Honneth, kann gerade nicht erklären, wie es zur Entstehung einer stabilen, gesellschaftlichen Ordnung kommt, die ja gerade die Aufhebung oder doch zumindest dauerhafte Unterbrechung oder Sublimierung der Situation eines Bürgerkriegs aller gegen alle ist.²⁸ Auch die empirisch zu beobachtende Anerkennung einer Machtposition oder die „Unterbrechung des Kampfgeschehens“²⁹ auf Grundlage normativ motivierter Übereinkünfte oder pragmatischer Kompromissbildung erwiese sich als ein lediglich strategisches Manöver, hinter dem sich der nächste Angriff auf den Gegner verbirgt. Die Reproduktion von Machtgefügen reduziert sich bei Foucault, so Honneth, auf eine „Reihung von strategischen Handlungserfolgen“³⁰, so dass auch eine relativ stabile gesellschaftliche Ordnung am Ende „nur in der erfolgreichen Austragung von situationalen Handlungskonflikten ihren Bestand hat.“³¹ Dauerhaftigkeit oder Verstetigung erreicht eine soziale Ordnung allein in der jeweils erfolgreichen Wiederholung und damit Behauptung einer zuvor situativ erkämpften Machtposition – ohne, dass dadurch die beständige Situation der Kontestation bereits aufgehoben wäre.³² Folglich müssten fortwährend Konflikte, Revolten oder Kämpfe ausbrechen, da die Unterlegenen jede Chance nutzen würden, um ihre Position im Spiel der Macht zu verbessern. Tatsächlich aber erfahren wir Gesellschaft als weitgehend stabile Ordnung, deren Persistenz eben auch auf die Geltung anerkannter Werte und Normen zurückzuführen ist.

Zu 2.) Ein weiteres Defizit von Foucault ließe sich mit Blick auf Klassenstrukturen und Eigentumsverhältnisse festhalten. Søren Mau: „Die aus Eigentum abgeleitete Macht ist kein Prozess, und sie kann nicht durch die Untersuchung konkreter sozialer Praktiken erfasst werden.“³³ Foucaults Analysewerkzeuge sind immer dann hilfreich, wenn es darum geht, die subtilen Techniken und Mechanismen von Macht auf der Mikroebene zu verstehen, erweisen sich jedoch als defizitär, wenn die konkrete Situation der ‚Mikrophysik der Macht‘ in ihren gesellschaftlichen Kontext eingeordnet werden soll. „Mit seiner Analyse der Fabrikdisziplin kann Foucault keine Antwort auf die Frage geben, warum die Arbeiterinnen überhaupt an den Fabrikatoren auftauchen“, so Mau.³⁴

Foucault steht am Ende also vor dem Problem, relativ beständige gesellschaftliche Strukturen, Institutionen und Ordnungen auf situative, einmalige Akte zurückzuführen zu

²⁷ Zum ersten Themenkomplex siehe ebd., hier insb. S. 181. Zum zweiten Themenkomplex siehe MAU, Søren: *Stummer Zwang: Eine marxistische Analyse der ökonomischen Macht im Kapitalismus*, Berlin 2021 und allg. ELBE, Ingo, Sven ELLMERS und Jan EUFINGER (Hrsg.): *Anonyme Herrschaft: zur Struktur moderner Machtverhältnisse: Eigentum, Gesellschaftsvertrag, Staat III*, Münster 2012.

²⁸ Vgl. HONNETH: *Kritik der Macht*, S. 180 und S. 194.

²⁹ Ebd., S. 182.

³⁰ Ebd., S. 177.

³¹ Ebd.

³² Vgl. ebd., S. 175–177.

³³ MAU: *Stummer Zwang*, S. 46.

³⁴ Ebd.

müssen.³⁵ Da Foucault seine Theorie von Macht – infolge einer reflexiven Wende seines Basisprogramms vom Strukturalismus zum Poststrukturalismus, inklusive des Abschieds von unterkomplexen „Einheits- und Kausalitätsvorstellungen“ (233) und der Hinwendung zu „Kontingenz, Differenz und Diskontinuität“ (234) – auf poststrukturalistischen Theoremen aufbaut, kann er nicht länger auf die homogene, repressive Ordnung von Denksystemen (episteme) oder die Regelhaftig- bzw. Regelmäßigkeit von Strukturen und Diskursen rekurren, um die Stabilität sozialer Ordnung zu erklären.³⁶ Somit bleibt ihm einzig die Möglichkeit, sowohl Regierung als auch den Protest dagegen als „Effekt *allgegenwärtiger, permanenter und dezentraler Selbstorganisation*“ (250), als „Selbstorganisation in dezentralen Netzen“ (248) zu verstehen, der bzw. die in jedem Moment auch anders ausfallen könnte.³⁷

Analog zum Phänomen der Macht ließe sich der Mehrwert einer Reformulierung des Subjekts auf Basis „technologische[r] Metaphorik“ (252) in Frage stellen, die in der Beschreibung des „Subjekts als Effekt“ (243), der „Haltlosigkeit sämtlicher Identitäts- und Stabilitätsphantasien“ (242) sowie der Anerkennung einer letztlich unhintergehbaren „Diversität und Variabilität des Subjekts“ (243) gipfelt. So fragt sich die Leserin, ob Foucaults „Feindbild“ (239) der zeitgenössischen Souveränitätstheorie nicht im Grunde ein stark vereinfachtes, ‚unterkomplexes‘ Zerrbild ist, das er als Kontrastfolie zu seiner ‚komplexen‘ Macht- und Subjekttheorie entwirft. Wenn es etwa heißt, Foucault habe „auf dem Schaltplan der Macht [...] das ‚Individuum‘ als ein Relais auftreten [lassen], durch das der Stromfluss einerseits hindurchgeht, das den Stromfluss aber andererseits auch weiterreicht“ (252), besagt das am Ende nicht viel mehr als dass Subjekte die Produkte von vorgefundenen, sie beeinflussenden Verhältnissen sind, auf die sie wiederum rück- oder einwirken – ein Thema das in den Sozialwissenschaften der 1970er Jahren entlang der Begriffe von Struktur und Handlung beinahe endlos diskutiert wurde. In der Diktion Augusts: „Die doppelte Rolle des Relais als ›Empfänger‹ und ›Sender‹ von Strom bringt die Verbindung von Abhängigkeit und Aktivität im Netzwerk-Denken der Macht zum Ausdruck.“ (252) „Denn“, so erfährt man, „ein Relais leitet den Strom auch aktiv weiter und nimmt dabei immer auch eine Weichenstellung vor: Es *lenkt* den Strom (um).“ (253) Wenn als Ergebnis schließlich festgehalten wird, dass „im Modell des Netzwerks [...] das Individuum kein ursprüngliches, unabhängiges, souveränes Element sein [kann]“ (252), da es eine sowohl passiv-erduldende Seite („Effekthaftigkeit“, 254) als auch eine aktiv-beeinflussende Seite („Eigenverhalten“, 254) aufweist, es sich also zugleich in „Abhängigkeit und Autonomie“ (254) befinde, fragt man sich, gegen welchen Strohmann sich eine solche Argumentation eigentlich richtet.

Auch Augusts Erläuterungen zu Taktik und Strategie als Kommentar zu Foucaults Netzwerk-Metaphorik helfen hier nicht weiter, münden sie doch in abstrakten Verweisen auf eine „Flexibilität der Kräfteverhältnisse“ (255). Aus den „ständige[n] gegenseitige[n] Beeinflussungen“ (255) von Elementen, so erfährt man, entstehe „ein ‚komplexes und wechselhaftes Spiel‘“ (255, inneres Zitat: Foucault: *Sexualität und Wahrheit I*, Frankfurt am

³⁵ Vgl. HONNETH: *Kritik der Macht*, S. 177.

³⁶ Was Honneth im Übrigen bestreitet. Am Ende, so Honneths Fazit, greift Foucault auf Repressionsthese zurück. Dazu Kapitel 6. in: HONNETH: *Kritik der Macht*, S. 196ff.

³⁷ Zum politischen Existenzialismus und Dezisionismus postmoderner Theorien siehe ELBE, Ingo: „Einleitung: Gestalten der Gegenauflklärung“, *Gestalten der Gegenauflklärung: Untersuchungen zu Konservatismus, politischem Existenzialismus und Postmoderne*, Würzburg 2020, S. 8–18, hier S. 11–13.

Main 1986, 140), in dem – dank Variation und Polyvalenz, d.h. der unterschiedlichen Adressierbar- und Kombinierbarkeit der Elemente des Systems – „jedes Element mal die eine, mal die andere Funktion übernehmen [kann]“ (255). Die unendlich vielen Möglichkeiten der „Differenzierungen und Variabilität“ (255) machen die „Komplexität der Machtbeziehungen“ (255) sichtbar, die das Souveränitätsdenken zum Verschwinden gebracht hatte.

Um nun allerdings die „Multiplizität an Möglichkeiten“ (243) erkennen zu können, die sich „aus der Vielzahl an Transformationsmöglichkeiten und daher letztlich Zuständen“ (242) ergibt, „die ein Knotenpunkt [in einem Netzwerk, T.L.] annehmen kann“ (242), müssen freilich die vorgefundenen Kausal- bzw. Sinnzusammenhänge als ein kontingentes und daher jederzeit veränderbares Ergebnis präsentiert werden. Dieser Punkt lohnt der näheren Betrachtung, zeigt er doch, wie Foucaults Sozialontologie auf Nietzsches Theorie der Macht basiert, für die die Wahrheit wissenschaftlicher Aussagen eine untergeordnete Rolle spielte. Die von Foucault vorgenommene „Kombination aus Kausalitätskritik und Komplexitätsbehauptung“ (255) löst also die Welt in einem ersten Schritt in fragmentierte, kontingente, diskontinuierliche, unzusammenhängende usw. Einzelereignisse, Singularitäten oder Momente auf, um, in einem zweiten Schritt, die „Regelhaftigkeit ihres Auftauchens“ (242), also Serien, Regelmäßigkeiten, Strukturen, Muster, Häufungen, Verbindungen usw. festzustellen. Es zeigt sich, dass „das singuläre Ereignis durch historische und potentielle Zustände des Systems konditioniert ist.“ (244) Zugleich wird so aber auch die Instabilität und prinzipielle Veränderbarkeit von Systemen (oder Diskursen) sichtbar, kann doch eine einzige Modifikation oder Neukombination von Momenten eine „Transformation“ (244) des ganzen Systems bewirken. Die jederzeit mögliche Um- und Neudeutung von Elementen leitet sich – in der Sprache der Kybernetik – aus der Annahme der „Zirkularität interner Prozesse“ (154) her, die erklärt, warum sich Systeme erhalten oder verändern: Systeme sind nicht durch ihre Umwelt determiniert, sondern reproduzieren sich entsprechend ihrer internen Prozeduren und Mechanismen, die z.B. Umweltsignale selektiv verarbeiten. Systeme verfügen damit zu jedem Zeitpunkt über die interne Kontrolle darüber, ob und wie sie sich reproduzieren (vgl. 237). Die „systeminterne Reproduktion durch permanent ablaufende, komplexe Operationen“ (238) zeigt, dass Identität, Einheitlichkeit und Kontinuität im Grunde nur ein kontingenter Akt der Wiederholung ist: einer permanente Reaktualisierung bereits bekannter Muster und Regeln. Identität, mit anderen Worten, ist der Entschluss zur Identität, der in jedem Moment auch anders ausfallen könnte: „Da das System sich derart selbst produziere, komme ihm eine Art Autonomie zu. Das halte aber in jedem Moment der Selbst-Organisation die Möglichkeit offen, dass das System einen Umbau seiner eigenen Struktur beschließe.“ (154)³⁸ Oder in Bezug auf Foucault: „Macht [...] ist ein Netzwerk von

³⁸ Weiter heißt es: „Die Betonung zirkulärer Selbst-Organisation hat daher einerseits eine *Pluralisierung des Regierens* zur Folge – jedes System regiert sich selbst nach eigenen Maßstäben – und zieht andererseits eine radikale *Dynamisierung dieses Selbst* nach sich [...]. So wie auf diese Weise die Konzeptionen stabiler Subjektidentitäten und zentraler Steuerung zerfallen, werden auch die daran gekoppelten *Temporalvorstellungen* ad absurdum geführt. Die lineare Abfolge der Ereignisse und die kohärente Entwicklung des Subjekts werden durch die reflexive Be- und Verarbeitung von Komplexität ersetzt – und diese vollziehe sich in Echtzeit.“ (154) An anderer Stelle heißt es mit Bezug auf Heinz von Foerster: „Da die Maschine sich immer wieder reproduzieren muss, sich also jeden Moment völlig immanent neu erschaffen muss, kann sie sich auch *neuartig* erschaffen: Sie hat die Freiheit, sich stets auch *als eine grundsätzlich andere zu rekreieren*.“ (162)

Elementen, das sich durch die Elemente *ständig selbst reproduziert* und zugleich die Elemente erst hervorbringt.“ (236)³⁹

Problematisch ist bei dieser konstruktivistischen Methode zunächst der Umstand, dass Welt bzw. Umwelt – in einer antihermeneutischen Geste – als ein unstrukturiertes Chaos, ein, in der Diktion der Kybernetik, „ungerichtetes Rauschen“ (153) ohne jeden Informationsgehalt betrachtet wird, der keine wie auch immer verfasste Botschaften oder Codes abgelesen werden können. Nun ist die soziale Situation von Menschen aber ein Ensemble aus Sinn als Ergebnis symbolisch vermittelter Interaktion. Menschen sind, mit Max Weber, in selbstgesponnene Bedeutungsgewebe verstrickt. Diese – laut Hermeneutik – objektiv vorhandenen Kommunikationszusammenhänge (und die darin formulierten Rechtfertigungen für Institutionen) müssen von Foucault geleugnet oder doch zumindest methodisch eingeklammert werden, um seine alternative Rekonstruktion der Verknüpfung von Elementen vornehmen zu können, die seinen politischen Zielen entspricht (vgl. 230). Die Suche nach einer *order from noise*, Ordnung im Rauschen ist ein konstruktivistischer Akt, der bei Foucault, wie August freimütig eingesteht⁴⁰, politischen Vorannahmen folgt (vgl. 257). Das Erkenntnisinteresse besteht damit, anders als etwa noch im Strukturalismus oder den diversen Verfahren der Ideologiekritik, überhaupt nicht darin, eine soziale Wirklichkeit erfassen zu wollen. Foucaults Ansatz zielte, einem politischen Aktivismus folgend, darauf ab, die „Zufälligkeit und Diskontinuitäten von Ereignissen“ (231) sehen zu *wollen*, um die darauf aufbauenden Regelmäßigkeiten, Strukturen und Muster als veränderbar präsentieren zu können.⁴¹ „Foucaults technologische Machtanalyse hatte“, so August, „eine andere Lesart der Geschichte demonstriert, um damit den Imaginationsraum für eine neue Zukunft zu öffnen.“ (269-270) Ob diese ‚andere‘ Lesart wahr oder doch zumindest relativ besser und also plausibler als konkurrierende Lesarten ist, ist dabei zweitrangig, da es Foucault primär um die Etablierung einer anderen, alternativen Praxis ging. Die Unterscheidung wahr/falsch ist dabei nur ein Spielzug unter vielen im Kampf um (Deutungs-)Macht. Dementsprechend eignen sich auch hyperbolische Erzählungen mit dezidiert dramatisierenden Rhetoriken, um dieses Ziel einer veränderten, experimentellen Praxis zu erreichen, wie Martin Saar herausgearbeitet hat – und dessen Lesart von Foucault August im Wesentlichen folgt.⁴² Wissenschaft, Ästhetik oder Geschichte sind demnach als disponibles Material zu verstehen, das Foucault so arrangiert, dass von ihm die intendierten Impulse z.B. für eine Selbsttransformation ausgehen.

³⁹ An anderer Stelle dazu: „Macht [...] wurde von Foucault als ein überall anzutreffendes Netzwerk von Kontrollmechanismen entworfen, dem jedwede zentrale Steuerung abgeht. Stattdessen organisieren sich die Machtbeziehungen selbst. In räumlicher Hinsicht zeigt sich die Ubiquität der Macht als ein infinitesimal ausdifferenziertes Netz, das lokale Knotenpunkte mit eigener Komplexität und Autonomie hat (›Orte‹), und in zeitlicher Hinsicht muss dieses Netz der Macht permanent durch singuläre Ereignisse reproduziert werden.“ (282)

⁴⁰ „Diese Macht-Netzwerke sind per definitionem flexibel, divers, variabel und produktiv. Die Identitäts-, Kausalitäts-, Repräsentationslogik der Souveränität sollte einer genau entgegengesetzten Technologik der Macht weichen. Das aber ist selbst ein (ideen-)politischer Vorgang.“ (257)

⁴¹ Zur normativen Setzung: „Und spätestens mit seiner Antrittsvorlesung stellte Foucault heraus, dass Macht und Wissen verschränkt sind, sodass es keine ›objektive‹ Position der Beschreibung geben konnte und daher auch methodologische Äußerungen Machteffekte haben. Auf dieser Ebene bezog Foucault aber schon seit längerem eine Position, wie man die Welt betrachten *soil*. Diese Sicht bevorzugte das Diverse, das Singuläre, das Zufällige und musste daher die Konzeptionen von Subjekt, Zeit und Raum grundlegend neu denken.“ (239)

⁴² SAAR: *Genealogie als Kritik*.

Foucault verfolgt gewissermaßen das genau entgegengesetzte Programm von Hegel. Hegel insistierte darauf, dass „wer die Welt vernünftig ansieht, den sieht auch sie vernünftig an. Beides ist Wechselbestimmung.“⁴³ Bei August heißt es analog dazu: „Beginnt man einmal, die Welt als Netzwerk zu sehen, lassen sich immer mehr Netzwerke finden.“ (379) Foucaults Anspruch ist es, die Welt als veränderbar sehen zu wollen, weshalb er beständig ihre Komplexität und Kontingenz betont: wer die Welt als komplexes Netz letztlich kontingenter, diskontinuierlicher Einzelereignisse ansieht und dauerhafte Strukturen auf die zwar wiederholte, aber dennoch jederzeit veränderbare, situative Selbstorganisation von Macht zurückführt, den sieht sie auch als komplexes, jederzeit zu transformierendes Arrangement lokaler, dezentraler und miteinander vernetzter Prozesse der Selbstorganisation an.⁴⁴ Dass hinter einer solchen Fluidität des Sozialen weiterhin eine zentrale, souveräne Herrschaftsgewalt steht, übersieht, wer „eine grundsätzlich andere ›Kultur‹ anvisiert, für die die moderne Kultur der westlichen Gesellschaften mit ihrem Glauben an wahres Wissen, an das souveräne Subjekt und an lineare Zeitabläufe umzukrempeln war.“ (231) Wer überall die „Möglichkeiten des Subjekts“ (284) sehen will, verkennt womöglich stabile, institutionalisierte Formen von Herrschaft (etwa des Staates, den Foucault ebenfalls „als beweglichen Effekt heterogener Rationalitäten und Technologien darstellt“ (268)). Die Obsession, unbedingt das Abstraktionsniveau der Analyse erhöhen zu müssen, um mit der Komplexität die Vielzahl an Alternativen und Optionen zu steigern (vgl. 305), führt dazu, den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr zu sehen. In normativer Hinsicht werden Dynamik und Transformation gegenüber Statik und Reproduktion bevorzugt – wobei es aufgrund normativer Gehalte am Ende auch egal ist, wer Widerstand leistet, wofür Gegenmacht mobilisiert wird oder welche Werte und Normen Institutionen absichern. Entscheidend ist der Umstand, dass die Macht ‚flüssig‘ und soziale Arrangements in Bewegung bleiben. Die problematischen politischen Implikationen einer solchen Theorie werden bei August nicht thematisiert. Die angestrebte „*Ausdifferenzierung und Vervielfältigung von Netzwerken*“ (279) und die Forderung nach „lokalen Experimenten“ (279), von „Experimentier- und Innovationsfreudigkeit“ (223), die „immer neue Stile und Praktiken“ (224) ermöglichen sollten, werden als „anti-repräsentative, anti-integrative“ (281) Praxis uneingeschränkt gutgeheißen. Foucaults Fürsprache für einen „empirischen Experimentalismus“ (274) in gesellschaftspolitischer Hinsicht, für die „Multiplizität und Komplexität von Rationalitäten“ (278), eine „Flexibilisierung der bestehenden Ordnung“ (279) und die (sozial-)politische Entsicherung des Einzelnen (vgl. 279) werden etwa als Wege aufgefasst, „die einengenden Integrationsnormen des scheiternden Wohlfahrtsstaates aufzulösen“ (279).

⁴³ Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte (1837), Einleitung, in: ders.: Werke in zwanzig Bänden, Bd. 12, Frankfurt am Main 1970, S. 23.

⁴⁴ In der Diktion Augusts: „So postuliert das *Netzwerk-Modell* eine strikte *Relationalität und Konnektivität der Dinge*; es geht von der *Ubiquität sozialer Kontrolle* aus, die sich in räumlicher Hinsicht durch eine Verteilung der Netzwerkpunkte manifestiert und in zeitlicher Hinsicht eine permanente, *in Echtzeit* ablaufende *Selbstorganisation* konstituiert.“ (257) An anderer Stelle spricht August mit Blick auf den späten Foucault von der „immense[n] Komplexität“, die Foucault mit seinem um die Selbsttechniken der Subjekte und das freie Spiel ihrer Interaktionen ergänzten Machtmodell verarbeitet: „Als ob die Formulierung zweiter Ordnung – Machtausübung ist eine *Führung der Selbstführung des Verhaltens* – nicht schon komplex genug wäre, kommen zwei weitere Dinge hinzu: Erstens gibt es nicht nur *einen* Einfluss, sondern *vielfältige* Wirkungen auf die Selbstführung (Macht ist ein Ensemble von Aktionen). Und zweitens ist die Führung der Führung bereits ein *Effekt anderer Führungen*, während die reflexive Selbstführung wiederum Wirkungen *auf andere Führungen* entfaltet.“ (287)

Das Ziel dieses Verfahrens ist nun freilich nicht die Befreiung eines authentischen Selbst aus den repressiven Verhältnissen, wie der späte Foucault betont. Freiheit wird nicht als zu erreichender Endzustand, sondern als Akt permanenter Selbstkritik verstanden.⁴⁵ „Freiheit [entsteht] in der ständigen Kritik unserer Selbst“ (294). Da Subjekte nicht mit sich selbst identisch sind, haben sie in jeder Situation stets die Möglichkeit in einem reflexiven Akt die Grenzen ihrer eigenen Identität zu überschreiben, sich ihre Identität permanent selbst zu wählen und anders zu erschaffen. Foucaults „*emphatische Bejahung permanenter Kreativität und Erneuerung*“ (295) erfordert „*eine permanente Arbeit an sich selbst* und einen Aufruf zur ‚permanenten Erschaffung unserer selbst in unserer Autonomie‘ (295, inneres Zitat von Foucault: Foucault: *Dits et Ecrits*, IV, 339, S. 701). Als Kriterien der Entwicklung werden „*situative Praktikabilität und Lustempfindung*“ (296), also „*individuelle strategische Brauchbarkeit und emotionale Affiziertheit*“ (296) vorgeschlagen.⁴⁶ Das dies unter Umständen nicht nur eine Bürde für das Individuum darstellt, sondern darüber hinaus problematische normative und politische Implikationen zur Folge hat, wird bei August allerdings kaum thematisiert.⁴⁷

Daran zeigt sich ein weiteres Problem des technologischen Regierungsdenkens: die Abwesenheit normativer Orientierung. Die angestrebte „Loslösung von den Zwängen, die durch die Organisationsformen der Moderne generiert werden“ (391) und die dagegen hochgehaltene Leitidee der Offenheit münden in einen richtungslosen Aktionismus. Da „das normative Markenzeichen“ (392) des technologischen Regierungsdenkens in einer rein formalen „*Experimentier- und Innovationsfähigkeit*“ (392) besteht, verlieren die „gängigen Bewertungskriterien des Regierens, nämlich Legitimität und Effizienz“ (392) ihre Gültigkeit. An ihre Stelle treten Flexibilität, Risikoakzeptanz, Innovationsfähigkeit, Variabilität, Kreativität usw. Übrig bleibt die „situative Praktikabilität“ (393) als normativer „Maßstab von Entscheidungen“ (ebd.). Gerade dieser abstrakte, von jedem Inhalt absehende Formalismus ist es allerdings, der das Netzwerk-Denken – wie übrigens bereits die Kybernetik – für ganz unterschiedliche Projekte (August nennt Ökologie, diversity politics oder managements und network governance) attraktiv oder doch zumindest kompatibel erscheinen lässt.⁴⁸

Gerade die Integrier- und Instrumentalisierbarkeit des technologischen Denkens hätte die Chance zur Historisierung und Problematisierung der Selbstdeutungen technologischer Denker geboten, die August jedoch ungenutzt lässt. Stattdessen werden lediglich Gemeinsamkeiten und theoretisch-begriffliche Überschneidungen zwischen dem technologischen Regierungsdenken und dem Konzept von Governance aufgezeigt, ohne die

⁴⁵ Freiheit verstanden als Fähigkeit zur kritischen Reflexion der eigenen Subjektivierung ausführlich in SCHUBERT, Karsten: *Freiheit als Kritik: Sozialphilosophie nach Foucault*, Bielefeld 2018.

⁴⁶ Das aktive Subjekt ist eine „situative Form, die sich permanent neu erschaffen muss, ohne ein wahres Sein zu haben. Infolgedessen werden bei Foucault Selbstkritik, Kreativität und Experimentierfreude zum Merkmal eines aufklärerischen Ethos. Dies ist ein enormer Freiheitsgewinn für das Individuum, womöglich aber auch eine Bürde.“ (298)

⁴⁷ Zur möglichen Bewertung von Lebensentwürfen siehe z.B. JÄGGI, Rahel: *Kritik von Lebensformen*, Berlin 2014 Hier insb. den vierten Teil der Arbeit.

⁴⁸ Der systematische Zusammenhang zwischen einem begrifflich abstrakten, inhaltsleeren Formalismus, der soziale Dynamik zum Selbstzweck erhebt, und einem politischen Dezisionismus müsste weiter ausgearbeitet werden, was an dieser Stelle nicht erfolgen kann. Hier lediglich der Verweis auf die Arbeiten von Michael Hirsch. Etwa HIRSCH, Michael: *Die zwei Seiten der Entpolitisierung: zur politischen Theorie der Gegenwart*, Stuttgart 2007.

problematischen Aspekte der Governance-Theorien anzusprechen, wie etwa die hierarchischen Rahmenbedingungen erfolgreicher Selbstkoordination („Die Rute am Fenster“, so Renate Mayntz und Fritz Scharpf).⁴⁹ Mit Hilfe der zahlreichen Kritiken am Governance-Ansatz hätte man ein kritisches Licht auf das idealisierte Selbstverständnis des technologischen Regierungsdenkens werfen können.⁵⁰ Die retrospektive Einordnung hätte insgesamt die Möglichkeit zur Überprüfung zeitgenössischer Topoi geboten, etwa die pauschale Annahme, der alte Staat der Souveränität werde ‚von unten‘ durch neue Formen zivilgesellschaftlicher Subpolitiken und ‚von oben‘ durch ‚die Globalisierung‘ in seiner Handlungsfähigkeit eingeschränkt.⁵¹

V.

Im Unterschied zu Foucault hat sich Luhmann explizit mit dem Netzwerk- und Systemdenken der Kybernetik auseinandergesetzt und dies auch – im Gegensatz zu Foucault – in seinen Texten kenntlich gemacht. Luhmann war ein card-carrying Kybernetiker.⁵² Entsprechend wenige Überraschungen oder Sensationen lassen sich in dem Kapitel finden, das sich dennoch als konzise Einführung in Luhmanns Systemtheorie eignet.

Bemerkenswert ist zunächst, dass August bei Luhmann einen „starke[n] ökologische[n] Einschlag seiner Systemtheorie“ (301) zu erkennen meint, der ihn aus heutiger Sicht „vielleicht zu einem Befürworter der neuen schwarz-grünen Diskurskoalition“ (301) machen würde. So waren die Probleme, mit denen sich die westlichen Gesellschaften bereits in den 1970er und 1980er Jahren konfrontiert sahen, laut Luhmann, „Folge des Wachstumsdrangs der modernen Gesellschaft.“ (301) „Weil“, so August mit Blick auf Luhmann weiter, „das alteuropäische, aufklärerische Angebot selbst auf Wachstum getrimmt sei, können ihre Theorien diese Selbstgefährdung der Moderne durch ihre eigene Rationalität nicht verstehen. Man brauche daher eine Theorie, die die ‚weltweiten netzwerkartigen, heterarchischen, konnexionistischen Verflechtungen‘ einfängt und die Autonomie der einzelnen Systeme gegen Politik und Moral verteidigt. Diese neue Theorie könnte als ökologische Rationalität das Operieren *aller* Teilsysteme anleiten. Sie fordert eine permanente Selbstkritik, damit man möglichst flexibel und alternativenreich auf neue Problemlagen reagieren kann. Kognitive Offenheit und Innovationsfähigkeit lautet das Credo

⁴⁹ Dazu BÖRZEL, Tanja A.: „Der Schatten der Hierarchie – Ein Governance-Paradox“, in: SCHUPPERT, Gunnar Folke und Michael ZÜRN (Hrsg.): *Governance in einer sich wandelnden Welt*, Wiesbaden 2008, S. 118–131.

⁵⁰ HILZ, Markus: „Governance in der Kritik“, in: MÖLTGEN-SICKING, Katrin und Thorben WINTER (Hrsg.): *Governance: Eine Einführung in Grundlagen und Politikfelder*, Wiesbaden 2019, S. 269–296, GRANDE, Edgar: „Governance-Forschung in der Governance-Falle? – Eine kritische Bestandsaufnahme“, in: *PVS 53/4* (2012), S. 565–592, OFFE, Claus: „Governance – ‚Empty signifier‘ oder sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm?“, in: SCHUPPERT, Gunnar Folke und Michael ZÜRN (Hrsg.): *Governance in einer sich wandelnden Welt*, Wiesbaden 2008, S. 61–76, HOLTKAMP, Lars: „Verwaltung und Partizipation: Von der Hierarchie zur partizipativen Governance?“, in: CZERWICK, Edwin, Wolfgang H. LORIG und Erhard TREUTNER (Hrsg.): *Die öffentliche Verwaltung in der Demokratie der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 2009, S. 65–86.

⁵¹ Dazu DAHME, Heinz-Jürgen und Norbert WOHLFAHRT: „Zivilgesellschaft und ‚managerieller‘ Staat. Bürgerschaftliche Sozialpolitik als Teil instrumenteller Governance“, in: BODE, Ingo, Ansgar KLEIN und Adalbert EVERS (Hrsg.): *Bürgergesellschaft als Projekt. Eine Bestandsaufnahme zu Entwicklung und Förderung zivilgesellschaftlicher Potenziale in Deutschland*, Wiesbaden 2009, S. 240–264 und WIRSCHING, Andreas: „Kaiser ohne Kleider?: Der Nationalstaat und die Globalisierung“, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 68/4* (2020), S. 659–685.

⁵² Siehe dazu jetzt auch WICHUM, Ricky: „Auf der Schwelle. Die soziologische Systemtheorie Niklas Luhmanns, die Kybernetik und der Computer um 1970“, *Steuern und Regeln. Jahrbuch Technikphilosophie 2019*, S. 85–102.

von Luhmanns systemischer Gesellschaftsberatung.“ (301, inneres Zitat: Luhmann: Metamorphosen des Staates, in: Gesellschaftsstruktur und Semantik, Bd. 4, Frankfurt am Main 1995, 101-137, hier 117).

Der Fokus auf „den unendlichen Bereich von potenziellen Alternativen“ (303) und die „unendliche Vielfalt der Möglichkeiten“ (305), die sich aus der Analyse der Komplexität sozialer Phänomene ergibt, könne allerdings nur erfassen, wer auch die alteuropäische Ontologie überwinde. So werde etwa die ganze ‚Komplexität des Kausalnetzes‘ nur sichtbar, wenn man „Kausalitätskonzepte wie Mittel und Zweck oder Ursache und Wirkung“ (304) und also auch teleologische bzw. mechanische Erklärungsmodelle ablehne, die „lineare Beziehungen zwischen *einer* Ursache und *einer* Wirkung herstellen.“ (304)⁵³ Die eingeforderte Steigerung des Komplexitäts- und Abstraktionsniveaus der Analyse zeige, dass komplexe Systeme in der Regel nicht nach einem hierarchischen Prinzip arbeiten, bei dem eine Steuerungszentrale die Tätigkeiten der einzelnen Funktionsbereiche anleitet, sondern dass „[j]edes Teilsystem [...] autonom durch eine eigene Steuerung von Kommunikation [arbeitet], ohne dass es eine zentrale Koordinationsinstanz oder ein gemeinsames Ziel geben würde.“ (308, vgl. 310) Da es nun allein Funktionssysteme gibt, „die zugleich autonom und hochgradig voneinander abhängig sind“ (310), könne es auch keine direkte Koordination der Teile von einem übergeordneten Standpunkt aus (‚Feldherrenhügelperspektive‘) geben, weil dies „einen Überblick über die Gesamtkomplexität voraussetzt, den niemand haben könne.“ (308) Übertragen auf moderne, funktional ausdifferenzierte Gesellschaften bedeutet dies, dass Gesellschaft als ein Netzwerk von relativ autonomen Sozialsystemen verstanden werden muss, „die heterarchisch ineinander verschachtelt und verschaltet sind.“ (309) Damit sei 1. zentrale, hierarchische Steuerung, 2. die normative oder symbolische Integration als auch 3. die politische Repräsentation des Ganzen des Systems durch ein Teilsystem obsolet.

Die steuerungsskeptische Einstellung Luhmanns steigert sich mit seiner autopoietischen Wende am Ende der 1970er Jahre zu einem radikalen Steuerungsskeptizismus (vgl. 311).⁵⁴ Geschlossene Systeme kommunizieren demnach – sehr vereinfacht gesagt – überhaupt nicht miteinander oder mit ihrer Umwelt, sondern in selbstreferentiellen Operationen allein mit sich selbst. Information ist demnach eine ausschließlich systeminterne Qualität. „Es gibt“, so Luhmann, „keine Überführung von Informationen aus der Umwelt in das System.“ (312, zitiert nach Luhmann: *Ökologische Kommunikation*, S. 45). Allenfalls gibt es noch eine ‚strukturelle Kopplung‘ zwischen Systemen. Entsprechende Irritationen aus der systemischen Umwelt werden vom System jedoch durch seine eigenen, systemimmanenten Mechanismen und Regeln verarbeitet. Die Bezugnahme auf eine externe Umwelt ist im Grunde ein Selbstgespräch des Systems mit sich, das entweder eine Selbstbestätigung oder -veränderung zur Folge hat. Auch Identität ist letztlich die Folge operationaler Geschlossenheit: „ein System muss ständig reproduziert werden, wobei Reproduktion nicht einfach Wiederholung bedeute, sondern Neuproduktion.“ (324) Und die kann in jedem Moment auch anders ausfallen, denn: „Alles ist radikal *situativ*.“ (324)

⁵³ So auch zeitgenössisch „*Widerspruch und Überdetermination. Anmerkungen für eine Untersuchung [1965]*“, in: ALTHUSSER, Louis und Frieder Otto WOLF (Hrsg.): *Für Marx*, Berlin 2017 S. 105–144.

⁵⁴ Der autopoietische Theorieansatz von Luhmann hatte aufgrund seiner Abstraktheit übrigens keinen Einfluss auf Verwaltungsforschung und -praxis. Vgl. BOHNE, Eberhard: *Verwaltungswissenschaft. Eine interdisziplinäre Einführung in die Grundlagen*, Wiesbaden 2018, S. 101ff.

Gerade diese konstitutive und irreduzible Veränderbarkeit von Systemen – und das ist die politische Volte – werde durch die Überlastung des politisch-administrativen Systems verdeckt bzw. verhindert. Die Einrichtung der modernen Welt verstößt gewissermaßen gegen ihre eigenen sozialontologischen Fundamente. Die Folgen: „Das politische System sei [laut Luhmann, T.L.] vor allem mit den Folgeschäden unzulänglicher Steuerungsansätze beschäftigt, während es die Sensibilität und Flexibilität verliere, mit der es neue Themen aufnehmen könnte.“ (342) Notwendig sei es daher das bisher gültige expansive Politik- und Staatsverständnis durch ein restriktives, selbstbegrenzendes Verständnis zu ersetzen: „Politik jedenfalls musste ihre Grenzen kennen, die durch die hohe, unabsehbare Interdependenz in der Gesellschaft sehr eng gesteckt waren.“ (347) Hierfür müsse sie ihre Kapazitäten zur Selbstreflexion und -kritik – etwa durch Rückgriff auf Politikberatung durch die Systemtheorie – erhöhen (vgl. 347). Diese könne zwar auch nicht die eine Lösung anbieten, aber doch zumindest Alternativen zum Problemlösungsmodus des Rechtsstaats aufzeigen und damit die Flexibilität und Kreativität des politischen Systems anregen. Damit empfahl Luhmann der Politik, was auch für alle anderen soziale Systeme gelten sollte: sie seien „auf kognitive Innovationsfähigkeit auszurichten, indem permanent Selbstreflexion und Differenzproduktion angeregt werden.“ (351, vgl. 362)

Wie schon bei Foucault steht am Ende die Praxis kontinuierlicher Selbstkritik. Das Ziel bestand darin, „möglichst viele Optionen zu schaffen und Gelegenheiten zum Experimentieren“ (362) zu eröffnen. Gewissermaßen formuliert Luhmann mit seinem „Imperativ der Differenzproduktion“ (363) seine eigene Variante der von ihm als Illusion eines teleologischen, eindimensionalen Vernunftfunktionalismus der Moderne zurückgewiesenen Idee eines ‚one best way‘: Denn am Ende reduziert sich sein Rezept zur Lösung der Probleme der Moderne darauf, die Palette funktional äquivalenter Optionen durch systematische Erzeugung von Alternativen und Differenz mittels permanenter Selbstkritik und Reflexivität auszuweiten. Denn Systeme bieten unendlich viele Kombinationsmöglichkeiten ihrer Bestandteile und damit nahezu unendlich mögliche Reaktionsweisen auf Umweltschwankungen. In immer neuen Wendungen kommt Luhmann so stets zum selben Ergebnis, das sich um die Konzepte von Innovation, Zufall, Offenheit, Experiment, Möglichkeiten, Risiko, Kontingenz und Flexibilität dreht. Praktisch bedeutete dies, gesellschaftliche Ordnung auf die Selbststeuerungsfähigkeiten der sich selbst regulierenden Funktionssysteme auszurichten. Steuerung sei demnach maximal noch als Versuch einer Differenz- bzw. Kontextsteuerung zu theoretisieren (vgl. 369f.), wobei Regulierung hier lediglich eine nicht-hierarchische, dezentrale Koordination weitgehend autonomer Teilsysteme bedeutet – eine Vorstellung, die seither immer wieder kritisiert wurde.⁵⁵

Schluss

Im Schlusskapitel werden die Thesen zusammengeführt und zugespitzt. Die technologische Begriffs- und Wissensordnung wird als ein eigenständiges Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschema bezeichnet, von dem das im Buch behandelte technologische Regierungsdenken – nur einen kleinen Ausschnitt darstellt. Es erfolgte, so August, eine „grundsätzliche Neubestimmung von Politik und Gesellschaft in den Begriffen von Systemen

⁵⁵ RONGE, Volker und Ulrich WEIHE (Hrsg.): *Politik ohne Herrschaft?: Antworten auf die systemtheoretische Neutralisierung der Politik*, München 1976.

und Netzwerken, von Komplexität und Diversität, von Experimentier- und Risikobereitschaft“ (378-379). August vertritt also die These, dass ‚das Netzwerk‘ nicht allein als eine „spezifische Organisationsform“ (379) seit den 1970er immer häufiger anzutreffen war. Vielmehr, so August, wird die gesamte Gesellschaft, ja sogar ‚die Wirklichkeit‘ oder ‚die Welt‘ als Netzwerk aufgefasst – was nicht zuletzt zur Überdehnung und Unschärfe des Netzwerkbegriffs beitrug, wie August konzediert (vgl. 380). Allerdings scheint August selbst der Ontologisierung der Netzwerkmetapher anheimzufallen, wenn er behauptet, dass das Netzwerkdenken „zu einem eigenen Muster der Weltwahrnehmung geworden“ (380) sei, das sich als „Selbstbeschreibung der Gesellschaft“ (378) durchgesetzt habe. Die ubiquitäre Rede von der ‚Vernetzung‘ war wohl eher „Mode und Methode“⁵⁶ – vergleichbar mit der Rede von der Globalisierung in den 1980er und 1990er Jahren und der aktuellen Rede von der ‚Digitalisierung‘.⁵⁷ Interessant wäre es zu fragen, welche Akteure mit welchen Interessen den neuen Semantiken Vorschub leisteten und leisten.⁵⁸

Jedenfalls ließen sich mit den Metaphern von Netzwerk und System sowohl Organismen und Maschinen als auch Individuen und Gesellschaften ab den 1960er Jahren mit einer gemeinsamen, abstrakten Sprache beschreiben, die die Emergenz und kontingente Evolution von natürlichen und sozialen Phänomenen gegenüber einem kausalen Determinismus der klassischen Mechanik betonte. „Dieser Begriffsapparat mit seinen zentralen Metaphern von Netzwerken und Systemen, Strömen und Spielen, Informationen und Codes wurde explizit gegen den mechanistischen Begriffsapparat der Newton’schen Mechanik und gegen den humanistischen Begriffsapparat der Souveränität entworfen.“ (382). Während das souveräne Denken das Wesen der Dinge zu ergründen versuchte, um daraus ihre Eigenschaften und Aktivitäten zu erklären und beherrschen zu können, ging und geht das posthumanistische und postmechanische Denken von der Prämisse aus, dass die Dinge überhaupt keine unveränderliche Substanz aufweisen und die Erkenntnis der Welt daher allein über Relationen und Funktionen zu erfolgen hat. „Die Verschiebung vom *Was* zum *Wie*, vom *being* zum *doing* ist der charakteristische Zug“ (382) des Netzwerkdenkens. Die Differenz der Ontologien von Souveränitäts- und Netzwerkdenken wird entlang der drei Kategorien von Subjekt, Raum und Zeit zusammengefasst. An die Stelle des souveränen Bewusstseins der selbständig handelnden, mit sich identischen Person tritt im technologischen Regierungsdenken das Subjekt als kontingenter Effekt situativer Reproduktion. Die territoriale Bestimmung des Raumes als einer klar begrenzten Fläche wird durch die Vorstellung eines relationalen Gesamtraums abgelöst, der sich intern in miteinander verbundene, einander beeinflussende Orte gliedern lässt. Das lineare Kontinuum der Zeit wird durch eine diskontinuierliche Abfolge von singulären Ereignissen

⁵⁶ AUMANN, Philipp: *Mode und Methode: die Kybernetik in der Bundesrepublik Deutschland*, Göttingen 2009. Dazu auch FRIEDRICH, Alexander: *Metaphorologie der Vernetzung: zur Theorie kultureller Leitmetaphern*, Paderborn 2015 und FRIEDRICH, Alexander: „Vernetzung als Modell gesellschaftlichen Wandels: Zur Begriffsgeschichte einer historischen Problemkonstellation“, in: LEENDERTZ, Ariane und Wencke METELING (Hrsg.): *Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er-Jahren*, Frankfurt am Main 2016, S. 35–62.

⁵⁷ BACH, Olaf: *Die Erfindung der Globalisierung: Entstehung und Wandel eines zeitgeschichtlichen Grundbegriffs*, Frankfurt am Main/New York 2013.

⁵⁸ HACHTMANN, Rüdiger: „Rationalisierung, Automatisierung, Digitalisierung. Arbeit im Wandel“, in: BÖSCH, Frank (Hrsg.): *Geteilte Geschichte: Ost- und Westdeutschland 1970-2000*, Göttingen 2015, S. 195–238. Zu den Akteuren und Triebkräften siehe allg. BUTOLLO, Florian und Sabine NUSS (Hrsg.): *Marx und die Roboter: Vernetzte Produktion, Künstliche Intelligenz und lebendige Arbeit*, Berlin 2019.

ersetzt, die – analog zum Raum – in unterschiedliche, aber gleichwertige Zusammenhänge gebracht werden können (vgl. 383-385).

Aus den unterschiedlichen epistemischen Ausgangspositionen werden zuletzt die jeweiligen Denk- und Handlungsmuster des Regierens abgeleitet. Das postsouveräne, technologische Regierungsdenken ist nicht an einer zentralen Kontrolle, Steuerung oder Herstellung eines (sozialen) Raums interessiert. Es setzt stattdessen auf nicht-hierarchische Regulation, Kooperation und dezentrale Beeinflussung sich prinzipiell selbstregulierender Systeme. In zeitlicher Hinsicht geht es nicht länger um die Aufrechterhaltung von Stabilität, Kontinuität und Kohärenz, sondern um die Aktivierung von Resilienz autonomer Systeme, die sich damit – ihrer eigenen Systemlogik folgend – dynamisch an veränderte Umweltbedingungen anzupassen und also situativ zu reproduzieren vermögen. Anstelle linearer Kausalität externer Vorgaben stehen Emergenz und die Fähigkeit zur eigenständigen Evolution im Vordergrund.⁵⁹

Besonders hervorzuheben ist Augusts implizite Dramaturgie der Selbstaufhebung und Weiterentwicklung von Konzepten, Begriffen oder Theorien als Folge immanenter Widersprüche: Die Ablösung des Souveränitäts- durch das Netzwerkdenken dürfe nämlich nicht einfach als simple Verabschiedung von Aufklärung, Humanismus und Moderne missverstanden werden. Die Radikalisierung und reflexive Wendung der Ideen der Aufklärung durch das Netzwerkdenken sei der Versuch, den „kritischen Impuls der Aufklärung zu retten“ (386), indem „die epistemischen und moralischen Verkürzungen [der Aufklärung, T.L.] durch einen Blick zweiter Ordnung aufgehoben werden“ (387). August betont ausdrücklich, dass die technologische Begriffs- und Wissensordnung, die den „Souveränitäts-, Kontinuitäts-, Integrations- und Identitätsvorstellungen“ (ebd.) der modernen politischen Theorie entgegengesetzt ist, „im Grunde [...] selbst das Ergebnis steuerungs- bzw. regulationstheoretischer Problemstellungen [ist]“ (ebd.), wie sie die Moderne hervorgebracht hat.⁶⁰ Das Netzwerkdenken etabliere gar keine neue Ontologie, sondern sei lediglich der „formale Imperativ einer *reflexiven Revision*“ (387) der Konzepte und Begriffe der Moderne, woraus sich die Beschreibung der Welt als ein kontingentes Ensemble von Differenzen ergibt – was als „neue, quasi-ontologische Prämisse“ (384) aufgefasst werden könne. „Die differenztheoretische Flexibilisierung des Denkens“ (387), so schließt August seine Überlegungen zum Verhältnis von Souveränitäts- und Netzwerkdenken ab, „erscheint als eine neue aufklärerische Rationalitätsnorm.“ (387) An diesen Stellen scheint August aufzufallen, dass seine zuvor so stark gemachte Zäsur zwischen den zwei Paradigmen der Regierung letztlich nicht haltbar ist. Beide werden

⁵⁹ Wenn nun aber „Stabilität eine Selbstbeschreibung des Systems vor dem Hintergrund permanenter Neuproduktion ist“, dann, so August, „verlieren die ‚alten‘ humanistischen Identitätsanforderungen ihre Legitimationsgrundlage.“ (385). Mit Blick auf die Vorstellungen des Subjekts bedeutet das, dass Identität Ergebnis kontingenter, reflexiver und performativer Akte ist. Das Subjekt ist, mit Foucault, „eine ästhetische Form auf, die durch Selbst-Technologien immer wieder neu modelliert werden kann. Das *Subjekt* ist dabei von seiner Position im Netzwerk abhängig, hat aber auch selbst einen Einfluss auf die Umgestaltung seiner Selbst und des Netzwerks.“ (385) An anderer Stelle: „Identität ist daher ein Produkt der Selbst- und Fremdbeschreibung der Systeme ohne den ‚wahren‘, ‚authentischen‘ Kern, auf den die Subjektphilosophie der Moderne stets bestand.“ (386)

⁶⁰ Dazu heißt es, „dass der Netzwerk-Ansatz keine einfache Fortschreibung und auch keine Abkehr, sondern eine Revision der Moderne bedeutet. Es wird weiterhin nach einer Steigerung der Möglichkeiten gesucht. Das Netzwerk-Denken ist aber insofern ‚post-modern‘, als es die Moderne durch eine reflexive Wende des Begriffs- und Normhaushaltes neu ausrichten wollte.“ (399)

plötzlich als zwei Modi oder Stufen der Moderne rekapituliert.⁶¹ Die Einsicht in die reflexive Wendung der Moderne auf ihre eigenen Widersprüche führt allerdings nicht zur Revision von Augusts Ausgangsthesen.

Nun sei es aber nicht so, dass sich die Selbstwidersprüchlichkeit der tradierten Deutungsmuster der Moderne einfach ‚zeigen‘ und den Übergang zu einer neuen, reflexiven Wissensordnung erzwingen würden. Es bedurfte einer interpretierenden Instanz, um die Unzulänglichkeit der alten Wissensordnung, die „*veraltete Rationalität der Moderne*“ (387) zur Bearbeitung aktueller Probleme aufzuzeigen. Hier offenbart sich Augusts problematisches Verständnis des Verhältnisses von Wissenschaft und Gesellschaft (das übrigens an Luhmanns Auffassung zum Thema erinnert): Die Wissenschaft erscheint als eine ausdifferenzierte und spezialisierte Selbstbeobachtungs- und Reflexionsinstanz der Gesellschaft, die die „Selbstwidersprüche“ (387) der tradierten Regierungskonzepte registriert, theoretisch verarbeitet und im Anschluss entsprechende Handlungsempfehlungen und -alternativen für die Systeme von z.B. Politik und Wirtschaft formuliert. Das von der Wissenschaft produzierte Wissen wird auf diesem Weg „in politische, wirtschaftliche oder sozialtheoretische Kontexte (re-)importiert.“ (387) Wissenschaft erscheint hier als eine der Institutionen, die die Gesellschaft zur notwendigen Transformation ihrer selbst antreibt. Die dahinter liegende Struktur einer logisch und historisch notwendigen Höher- oder Weiterentwicklung von Regierungsrationalitäten entspringt jedoch m.E. weniger einer durch Wissenschaft vermittelten Anpassung der Regulationsmechanismen der Gesellschaft an eine neue (komplexe) Wirklichkeit, als vielmehr dem Legitimations- und Reputationsbedürfnis der Vertreter des (komplexen) Netzwerkdenkens, die auf diesem Weg ihre Rezepte als alternativlos auszuweisen verstanden.

Eine Folge davon, dass bei August Wissenschaft, wissenschaftliche Politikberatung und Politik bzw. politische Ideengeschichte und politische Entwicklung tendenziell zusammenfallen oder doch zumindest analytisch nicht hinreichend voneinander getrennt werden⁶², besteht darin, dass August beständig die wissenschaftliche (Selbst-)Beschreibung der Welt mit der Welt verwechselt. So wird etwa aus dem „politische[n] Netzwerk-Denken“ (387) und seiner am Ende normativ motivierten „*Neubestimmung des Verhältnisses von Regieren, Politik und Gesellschaft*“ (387) in den „Begriffen eines ausdifferenzierten Netzwerkes“ (387) geschlussfolgert oder doch zumindest nahegelegt, dass die Politik – nicht allein in der Theorie, sondern in der sozialen Realität – „ihre Stellung als ‚Steuerungszentrum‘ (mechanistischer Strang) oder ‚Kopf der Gesellschaft‘ (organischer Strang)“ (387) verloren habe. Damit hypostasiert August die Aussage, dass „es keine gesamtgesellschaftliche Steuerung mehr gibt“ (388) zur Realität gesellschaftlicher Praxis. Hier wird eine soziologische bzw. sozialwissenschaftliche Gegenwartsdiagnose inkl. ihrer impliziten normativen Gehalte zum gültigen Prinzip von Welt aufgewertet. De-Hierarchisierung und De-Zentrierung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft; Auflösung des Staates in eine „Vielzahl dezentraler Machtmechanismen“ (395) bzw. die Auftrennung der „imaginäre[n] Einheit ›des‹ Staates in einen beweglichen, veränderlichen Effekt unterschiedlicher Regierungsrationalitäten und -technologien“ (395), die Entkopplung

⁶¹ Diese Idee einer Einlösung und Problematisierung normativer Ideale der Moderne durch die Postmoderne bereits bei WELSCH, Wolfgang: *Unsere postmoderne Moderne*, Weinheim 1988.

⁶² Etwa wenn es S. 27, Anm. 35 heißt, „dass Ideen, Ereignisse und Praktiken sich gegenseitig beeinflussen und daher auch nur gemeinsam verstanden werden können.“

und Auflösung von Politik und Staat in „eine Vielfalt interdependenter Prozesse“ (388); die Entgrenzung von Regieren, die „nun *überall* in der Gesellschaft statt[findet]“ (388); der Primat sozialer Selbstregulierung von Subsystemen auf Grundlage eigener Codes und Technologie (vgl. 388) usw. – all diese Bestimmungen erscheinen bei August als gesellschaftliche Tatsachen.⁶³

Mehr noch: die neue Sachlage wird nicht nur konstatiert, sondern von August – eher zwischen den Zeilen – affirmiert. Ein Beispiel: Als einen Vorteil der technologischen Perspektive auf Regieren erachtet August die Neubestimmung des Begriffs der Autonomie, der „nicht weiter im Widerspruch zu Abhängigkeiten steht.“ (389) Denn mit dem Netzwerk-Modell werde Autonomie als „Überschuss der Verbindungen“ (389) und der „Selektionsnotwendigkeit“ (389) gedacht, womit „[d]as ewige Dilemma der Souveränitätstheorie, in ihrer eigenen Ontologie Bindung an ›soveräne‹ Vorgaben und ›soveräne‹ Bindungslosigkeit zugleich erfassen zu müssen, [...] im Netzwerk-Modell aufgelöst [wird].“ (389) Gegen den vermeintlichen konzeptionellen Gewinn ließe sich jedoch einwenden, dass die Neufassung von Autonomie als Notwendigkeit „eine bestimmte Art der Formung und Regulation“ (389) aus den prinzipiell überdeterminierten Auswahlmöglichkeiten auszuwählen, das Dilemma der Souveränitätstheorie nicht auflöst, sondern lediglich verschiebt, indem es einfach andere und mehr Optionen anbietet, aus denen gewählt werden kann (aber auch muss). Die postmoderne Vervielfältigung der Angebotspalette (der Identität, der sexuellen Orientierung usw.) reproduziert ein defizitäres, weil konsumistisches Verständnis von Freiheit als Wahlmöglichkeit vorgegebener Optionen und ihrer Kombination. Die Vielfalt und Offenheit der stets überdeterminierten Optionen und Verbindungsmöglichkeiten von diskursiven Elementen bleibt jedoch weiterhin an eine vorhandene gesellschaftliche Ordnung gebunden. Der reale Konflikt der bürgerlichen Gesellschaften zwischen Fremdherrschaft und Selbstbestimmung wird so nicht überwunden, sondern lediglich begrifflich, in der Theorie eskamotiert, da Selbstregulation oder -organisation von gesellschaftlichen Teilsystemen (Luhmann) bzw. Selbstführung von Subjekten (Foucault) die Exekution systemischer Imperative lediglich an die Teilsysteme bzw. Subjekte auslagert, die aber weiterhin Bestandteile einer gesellschaftlichen Totalität bleiben.⁶⁴

Auch die problematischen demokratie- und politiktheoretischen Konsequenzen des Netzwerkdenkens werden von August nicht hinreichend berücksichtigt – vor allem, wenn man bedenkt, wie August festhält, dass „Demokratietheorie eine Souveränitätstheorie ist“ (390). Mit der „*Ablehnung von Repräsentation*“ (390) und dem damit verbundenen Gedanken der normativen oder organisatorischen Integration der Gesellschaft als Ganzes von einem Punkt aus (etwa einer Partei), so August, werde zugleich auch die regulative Idee

⁶³ „Modelle wie Befehl und Gehorsam, Herr und Knecht, Subjekt und Objekt unterschätzen demnach nicht nur die Komplexität der meisten Abhängigkeitsverhältnisse, sie übersehen auch, dass in allen sozialen Interaktionen gegenseitig aufeinander Einfluss genommen wird. Regieren müsse daher mithilfe eines *Netzes von Relationen* beschrieben werden, das durch *Interaktions- oder Kommunikationsakte* aufrechterhalten wird, in denen sich die Seiten stets gegenseitig beeinflussen. Weil die einzelnen Beziehungen immer in einen systemischen Zusammenhang eingebettet sind, lässt sich Regieren nur als *ein reflexiver, zirkulärer Prozess* beschreiben – als eine ›Führung der Führungen‹, wie Foucault treffend formulierte. Die Zirkularität führt dazu, dass Subjekt und Objekt von Regulation nicht mehr unterschieden werden können.“ (388)

⁶⁴ Zur Thematik der Internalisierung externer Zwänge und ihrer (psychischen) Affirmation etwa PREUß, Ulrich K.: *Die Internalisierung des Subjekts: zur Kritik der Funktionsweise des subjektiven Rechts*, Frankfurt am Main 1979.

eines substantiellen oder objektiven Gemeinwohls als das letztlich integrierende Entwicklungsziel der Gesellschaft obsolet. Nun ließe sich freilich die Kritik an einem substantiellen, staatsfixierten oder gar obrigkeitstaatlichen Verständnis von Gemeinwohl bis weit in liberale und republikanische Theorietraditionen zurückverfolgen. Ein prozedurales oder formales, jedenfalls inhaltsoffenes Gemeinwohlverständnis hatte die normativ-ontologischen Entwürfe – zumindest im englischsprachigen Raum – lange vor dem Aufstieg des Netzwerkes abgelöst.⁶⁵ Auch hat sich der Gemeinwohlbezug als eine Konstante der Politik bis heute erhalten – weder hat „eine Abkehr von Konzeptionen des Gemeinwohls und des Allgemeinen“ (399) stattgefunden noch ist eine „differenztheoretisch begründete Verweigerung von Gemeinwohl und Gemeinsinn“ (407) zu beobachten, wie August behauptet.

Zum Schluss wird noch einmal die eingangs gestellte Frage nach dem Verhältnis von neoliberalen und technologischen Ansätzen aufgegriffen.⁶⁶ Ob man von einer „feindlichen Übernahme“ (403) auszugehen habe, bei der der Neoliberalismus eine eigenständige Netzwerkidee „überformt“ (ebd.) hat, oder aber eine Überschneidung beider Denkstile die Folge entweder nicht-intendierter Effekte oder bewusster Kooperation ist, sei am Ende eine empirische Frage. Jedenfalls, so August, eröffne „[d]as Mit-, Neben- und Gegeneinander der beiden Regierungsrationalitäten [...] einen neuen Blick auf gesellschaftliche Probleme nach dem Strukturwandel.“ (404). So ließe sich beispielsweise fragen, ob die normalerweise dem Neoliberalismus zugeschriebene Überforderung des aktiven, kreativen, vernetzten,

⁶⁵ Hier lediglich MÜNKLER, Herfried und Harald BLUHM: „Einleitung: Gemeinwohl und Gemeinsinn als politisch-soziale Leitbegriffe“, in: MÜNKLER, Herfried und Harald BLUHM (Hrsg.): *Gemeinwohl und Gemeinsinn: historische Semantiken politischer Leitbegriffe*, Berlin 2001, S. 9–30.

⁶⁶ Zu diskutieren wäre auch Augusts Gegenüberstellung Neoliberalismus und Netzwerkdenken. Beide, so August, hätten „eine grundsätzlich andere Perspektive auf das Verhältnis von Gesellschaft und Politik. Der Neoliberalismus belässt es bei einer Gegenüberstellung dieser beiden Einheiten, dreht aber die Hierarchie im Vergleich zu den Nachkriegstheorien der Souveränität um: Nicht mehr die Politik ist für die Steuerung der Gesellschaft zuständig, sondern die Gesellschaft steuert nunmehr die Politik.“ (401) Luhmann und Foucault lehnten den Neoliberalismus ab, „weil er eine veraltete und moralisch aufgeladene Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft vertrete“ (359). Das Netzwerkdenken hingegen „löst die Gegenüberstellung von Politik und Gesellschaft auf und verortet erstere in der Gesellschaft“ (402). Mit der Auflösung der steuerungstheoretischen Unterscheidung zwischen Steuerungssubjekt und Steuerungsobjekt bleibt am Ende eine polyzentrische Koordination von sich selbstregulierenden Systemen sowie die „Vorstellung intransparenter Interdependenz und zirkulärer Führungsprozesse“ (402) übrig. Zur Kritik dieser anti-staatlichen Charaktersistisierung des Neoliberalismus siehe BIEBRICHER, Thomas: „Einleitung: Neoliberalismus und Staat – ziemlich beste Feinde“, in: BIEBRICHER, Thomas (Hrsg.): *Der Staat des Neoliberalismus*, Baden-Baden 2016, S. 9–28 und ausführlich BIEBRICHER: *Die politische Theorie des Neoliberalismus*. Die Pluralisierung und Dezentralisierung von Herrschaft führe laut August übrigens nicht notwendig dazu, dass sich Machtpositionen ausbilden und verfestigen, denn der „offene[] Zugang zu Informationen“ bzw. die „Offenheit der Informationen“ (402) diene – anders als die auf Kontrolle abzielende Informationstechnologie des Neoliberalismus – der „kreativen Revision und Innovation. Sie gewährleistet die Autonomie der Subjekte und Systeme“ (402). Als „vernetzter User von Informationen“ (402) sei etwa das Subjekt – so muss man sich das wohl vorstellen – jederzeit in der Lage eine effektive Gegenöffentlichkeit aufzubauen, die die Entstehung hegemonialer Diskurse unterminiert. Auch wenn die Idee einer ‚Technopolitik von unten‘ gerade Konjunktur hat, ist es doch keineswegs selbstverständlich, dass Informationen im Rahmen des technologischen Regierungsdenkens automatisch ein subversives Potential zukommt, welches ihnen im neoliberalen Regierungsmodell, etwa des New Public Management, fehlt, wo „die Zunahme der Informationen zu einer rationaleren, neutralen Politik führen soll.“ (402). Zum Thema kritisch PISTOR, Katharina: „Statehood in the digital age“, in: *Constellations* 27/1 (2020), S. 3–18.

selbstkritischen usw. Subjekts nicht eine mit dem Netzwerkdenken verbundene Pathologie des Selbst ist.

An dieser Stelle kommt August auf die „blinde[n] Flecken“ (405) des technologischen Regierens zu sprechen, die im Buch sonst kaum eine Rolle spielen. Augusts Kritik am Netzwerkdenken fällt überraschend knapp aus (404-408). Sie reduziert sich im Grunde auf zwei, von je her gegen ‚die Postmoderne‘ vorgebrachte Argumente:

1. Wo die Techniken der autonomen Selbstregierung bzw. dezentraler Systemregulierung selbst zur Norm erhoben werden, schlagen sie in Zwang um. Die ursprünglich emanzipatorisch und partizipativ angelegten Praktiken von (Selbst-)Kritik, Kreativität und experimenteller Selbstführung haben die „Überforderung des Subjekts“ (404) zu Folge.

2. Da das technologische Regieren die alteuropäische Ausrichtung von Staat und Politik am Gemeinwohl hinter sich lässt, könne es kein sozialintegratives Projekt politischer Selbstorganisation formulieren.⁶⁷ „Der Begriffsapparat des Netzwerk-Denkens“, so August, sei zwar „hervorragend geeignet, um Paradoxien zu erfassen, um Alternativen zu produzieren und Autonomie gegen Normierungen zu verteidigen.“ (406) Deutliche Defizite zeige er aber hinsichtlich der normativen und kollektiven Dimension menschlichen Zusammenlebens. An die Stelle eines „substantialistischen Gemeinwohls oder homogener Gemeinschaftlichkeit“ (407) trete beim technologischen Regierungsdenken das nie abschließbare Experiment permanenter kollektiver Aushandlung, womit das ‚soziale Band‘ gewissermaßen in jedem Moment neu verhandelt und geknüpft wird.⁶⁸ Gerade die „differenztheoretisch begründete Verweigerung von Gemeinwohl und Gemeinsinn“ (407) laufe nun aber Gefahr, von sozialromantischen Utopien unterlaufen zu werden, die den souveränitätstheoretischen Begriffsapparat und seine substantialistischen Kategorien (etwa des Gemeinwohls) zu reaktivieren versuchen (vgl. 408-409). Da das technologische Regieren die sozialmoralische Dimension des Politischen vernachlässigt und auch keinen integrativen Begriff von Gemeinwohl und sozialer Gerechtigkeit zulässt, biete es „*rhetorisch* und *konzeptionell* eine offene Flanke im Bereich *kollektiver Selbstverständigung und kollektiven Handelns*.“ (406) Kurzum: Zu Fragen der kollektiven bzw. demokratischen Selbstgestaltung des Gemeinwesens habe das technologische Denken nur wenig beizutragen. Die ‚technologischer‘ Schlagseite der Spätmoderne lasse sich aber womöglich, so Augusts Ausblick, durch eine maßvolle Rehabilitierung des Souveränitätsparadigmas ausgleichen, ohne deswegen zugleich zur unterkomplexen Regierungsrationalität der Moderne zurückzukehren.⁶⁹ „Das Paradigma der Souveränität kann also genau dort wieder aufgerufen

⁶⁷ Zum Thema auch HERRMANN, Steffen und Matthias FLATSCHER (Hrsg.): *Institutionen des Politischen Perspektiven der radikalen Demokratietheorie*, Baden-Baden 2020. Zum Thema auch die Diskussion zwischen Hubertus Buchstein und Oliver Flügel-Martinsen auf BUCHSTEIN, Hubertus und Oliver FLÜGEL-MARTINSEN: „Buchforum: Radikale Demokratietheorien zur Einführung“, <https://www.theorieblog.de/index.php/2020/10/buchforum-radikale-demokratietheorien-zur-einfuehrung/> (abgerufen am 10.10.2021).

⁶⁸ ANDERMANN, Kerstin u. a. (Hrsg.): *Das soziale Band: Geschichte und Gegenwart eines sozialtheoretischen Grundbegriffs*, Frankfurt am Main/New York 2016, KINDTNER, Martin: „Strategien der Verflüssigung. Poststrukturalistischer Theoriediskurs und politische Praktiken der 1968er Jahre“, in: DOERING-MANTEUFFEL, Anselm, Lutz RAPHAEL und Thomas SCHLEMMER (Hrsg.): *Vorgeschichte der Gegenwart: Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*, Göttingen 2016, S. 373–392 und MOEBIUS, Stephan und Andreas RECKWITZ (Hrsg.): *Poststrukturalistische Sozialwissenschaften*, Frankfurt am Main 2008.

⁶⁹ August positioniert sich damit implizit gegen aktuelle Bestrebungen den zwar bisweilen paternalistischen, dafür aber sozialintegrativen Nationalstaat der „Trente Glorieuses“ aufzuwerten. Dazu jetzt prominent: STRECK, Wolfgang: *Zwischen Globalismus und Demokratie: politische Ökonomie im ausgehenden*

werden, wo die spätmodernen Paradigmen problematisch werden.“ (408). Die in der Gegenwart anstehende Aufgabe besteht laut August darin, das richtige Mischungsverhältnis aus einem apertistisch-differenziellen Netzwerk- und einem kommunitär-normierenden Souveränitätsdenken zu finden, die so ihre jeweiligen Defizite und Einseitigkeiten ausgleichen.⁷⁰

3 Kritik

Wie ähnlich umfassend angelegte und daher notwendig stark abstrahierende und synthetisierende Forschungsprojekte zeigt ‚Technologisches Regieren‘ ebenso viel, wie es verdeckt. Die Plausibilität der Behauptung allgemeiner Entwicklungstendenzen geht bisweilen auf Kosten der Differenzierung im Einzelfall.⁷¹ Anstelle einer detaillierten Kritik einzelner Thesen oder Aussagen werde ich mich im Folgenden auf einige methodische Probleme konzentrieren. Generellere Kritikpunkte, die sich aus dem ideengeschichtlichen Ansatz von Augusts Untersuchung ergeben, also etwa die Frage nach der ideologischen Funktion spät- bzw. postmoderner Theoreme und Topoi oder dem Einfluss der Transformation des kapitalistischen Produktionsregimes vom Fordismus zum Postfordismus auf die Wissensordnung einer Gesellschaft, können hier leider nicht behandelt werden.⁷²

Neoliberalismus, Berlin 2021. August verortet sich damit nicht auf Seiten derer, die sich einen starken Staat als Garanten des Gemeinwohls zurückwünschen, waren es doch gerade die „erdrückende Normativität“ (407) und der „selbstzerstörerische[] Interventionismus eines Souveränitätsdenkens“ (407), die die Umstellung auf eine technologische Regierungsrationalität und die damit proklamierten „Freiheitsgewinne des Netzwerk-Denkens“ (407) provoziert hatten. Gegenüber solchen anachronistischen, zum Scheitern verurteilten Versuchen einer Rückkehr zu veralteten Formen der Regierungsrationalität in ausdifferenzierten, spätmodernen Gesellschaften plädiert August für die Korrektivfunktion des Souveränitätsdenkens: ein Rückgriff auf die Rationalität der Souveränität biete sich genau dort an, wo es „einer klaren, normativ grundierten Regulation bedarf, die den Staat als repräsentative Ordnungsinstanz auf den Plan ruft.“ (408).

⁷⁰ Analoge Vorschläge auch bei RECKWITZ, Andreas: *Das Ende der Illusionen: Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*, Berlin 2019, S. 239ff.

⁷¹ Dementsprechend ließen sich viele der Kritikpunkte anbringen, wie sie etwa gegen Andreas Reckwitz‘ Arbeiten vorgebracht wurden, die einen ähnlich großangelegten Bogen von der Moderne zur Spät- bzw. Postmoderne schlagen. Zur Kritik an Reckwitz siehe ausführlich das Buchforum bei soziopolis.de: <https://www.sozio.polis.de/buchforum/reckwitz-buchforum.html> (abgerufen am 31.08.2021). Zum Konflikt zwischen „theoretischer Eleganz“ und „empirischer Haltbarkeit“ zentraler Thesen bei Reckwitz zuletzt etwa KUMKAR, Nils und Uwe SCHIMANK: „Drei-Klassen-Gesellschaft? Bruch? Konfrontation? Eine Auseinandersetzung mit Andreas Reckwitz‘ Diagnose der »Spätmoderne«“, in: *Leviathan* 49/1 (2021), S. 7–32.

⁷² Zur Postmoderne siehe ANDERSON, Perry: *The origins of postmodernity*, London 1998, EAGLETON, Terry: *The illusions of postmodernism*, Oxford 1996. Siehe dazu jetzt auch CREYDT, Meinhardt: „Terry Eagletons Analyse und Kritik populärer postmoderner Denkweisen“, in: *RLS-Papers* 1 (2021), [https://www.rosalux.de/fileadmin/images/publikationen/sonstige_texte/Papers_1-](https://www.rosalux.de/fileadmin/images/publikationen/sonstige_texte/Papers_1-21_Terry_Eagleton_onl_web.pdf)

21_Terry_Eagleton_onl_web.pdf. Siehe auch ZIMA, Peter V.: *Moderne/Postmoderne: Gesellschaft, Philosophie, Literatur*, Tübingen 2016. Zum Postfordismus siehe HIRSCH, Joachim und Roland ROTH: *Das neue Gesicht des Kapitalismus: vom Fordismus zum Post-Fordismus*, Hamburg 1986, BECHTLE, Günter und Dieter SAUER: „Postfordismus als Inkubationszeit einer neuen Herrschaftsform“, in: DÖRRE, Klaus und Bernd RÖTTGER (Hrsg.): *Das neue Marktregime: Konturen eines nachfordistischen Produktionsmodells*, Hamburg 2003, S. 35–54 und SCHIMANK, Uwe: „Vom ‚fordistischen‘ zum ‚postfordistischen‘ Kapitalismus“, in: *Dossier: Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde* (2012), <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/137994/vom-fordistischen-zum-postfordistischen-kapitalismus?p=all> (abgerufen am 24.09.2018).

Auch unterbleibt die Diskussion des intransparenten Umgangs mit Quellen⁷³ und eine Kritik stilistischer Besonderheiten.

Zunächst ließe sich fragen, ob tatsächlich von einem „epistemischen Bruch“ (173), auszugehen ist, infolgedessen mit dem „Kernversprechen des Regierungskonzepts Souveränität“ (ebd.) gebrochen wurde oder ob nicht vielmehr die Übergänge, Kontinuitäten und Inkonsistenzen in einem Prozess der Ergänzung des Souveränitäts- durch das Netzwerkdenken hervorzuheben wären. Davon ausgehend wäre zu diskutieren, inwiefern überhaupt von einer diachronen Abfolge einander ausschließender Regierungsrationalitäten ausgegangen werden kann oder ob nicht viel eher von einer Gleichzeitigkeit miteinander konkurrierender oder sogar komplementärer Handlungslogiken ausgegangen werden muss, die je nach Bereich eine mal mehr, mal weniger hegemoniale Stellung einnehmen.⁷⁴

Mit der begrifflichen Vorentscheidung einer antagonistischen Gegenüberstellung von souveränem und technologischem Regierungdenken als „zwei unterschiedliche[n] Formen der Weltaneignung“ (379), die einander offenbar ausschließen, verbaut sich August sowohl die Möglichkeit der Analyse von Transfer- und Übersetzungsprozessen der jeweiligen Begriffsapparate als auch die Chance, die diversen Mischformen beider Regierungslogiken zu erfassen.⁷⁵ Zwar präsentiert August mit der Kybernetik den ‚missing link‘, der den Übergang von den modernen Souveränitäts- und Planungsvorstellungen zum spät- oder postmodernen Netzwerkdenken erklärt, womit er das ansonsten insinuierte Bild einer allzu schroffen Zäsur relativiert. Fraglich bleibt aber, ob – nachdem man die Stufe zum technologischen Denken einmal erfolgreich erklommen hat – das nunmehr ‚veraltete‘, weil unterkomplexe Denken der Souveränität in Theorie und Praxis seither keine Rolle mehr spielt, wie August wiederholt nahelegt. Der historischen Entwicklung angemessener wäre es jedenfalls gewesen, anstelle der dichotomen Anordnung von zwei Regierungslogiken nach dem Modell eines Nullsummenspiels von einer mehr oder weniger dominanten Semantik der einen oder anderen Logik zu sprechen. Zumindest in der staatlichen Regierungs- und Verwaltungspraxis schlossen und schließen sich beide Zugänge nicht aus – im Gegenteil. Bei August heißt es dagegen: „Dort, wo eine solche zentralistische Steuerung versucht wird, wird sie zur Gefahr für die Selbstregulation von Systemen und Individuen.“ (388)

Der zuletzt genannte Punkt verweist auf das zentrale Problem der Arbeit: August übernimmt für seine Strukturierung des historischen Materials die zeitgenössische Perspektive seiner Protagonisten. Zwar weist August wiederholt darauf hin, dass es ihm nicht um eine etwa (wissens-)soziologische oder sozialhistorische Analyse des Wandels von Einstellungen,

⁷³ Vgl. 39, Fn. 9, 197 Fn 7 und 166, Fn. 6.

⁷⁴ Diese Problematik wurde ausführlich im Rahmen der Debatte um einen Wandel von Staatlichkeit diskutiert. Dazu hier lediglich SCHUPPERT, Gunnar Folke: „Was ist und wie misst man Wandel von Staatlichkeit?“, in: *Der Staat* 47/3 (2008), S. 325–358.

⁷⁵ Wie und ob die Theorien einer technologischen Regierung tatsächlich in die Praxis umgesetzt wurde, haben – mit Blick auf betriebliche Abläufe und die Organisation von Fabrikarbeit – zuletzt etwa Lutz Raphael oder Gina Fuhrich beschrieben: neue Managementmethoden jenseits hierarchisch-autoritärer Führungsstrukturen, erweiterte Mitbestimmung, Förderung von Kreativität, Kritik und Selbstverantwortung, Gruppen- oder Projektarbeit und die Möglichkeit zur Weiterqualifikation usw. betrafen stets nur einen (privilegierten) Teil der Beschäftigten. RAPHAEL, Lutz: *Jenseits von Kohle und Stahl: eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*, Berlin 2019 und FUHRICH, Gina: *Humanisierung oder Rationalisierung? Arbeiter als Akteure im Bundesprogramm „Humanisierung des Arbeitslebens“ bei der VW AG*, Stuttgart 2020.

Praktiken und Deutungsmustern seit dem sogenannten Strukturbruch der 1970er Jahre geht und er ‚nur‘ das Ziel verfolgt, die Veränderungen des Regierungsdenkens anhand der „Selbstdeutungen der Akteure“ (400) zu beschreiben und zu erklären. Dennoch erscheint das von Crozier, Foucault, Luhmann und anderen verbreitete Narrativ einer veralteten, weil unterkomplexen Rationalität der Moderne als die eigentliche Ursache der Krise, bei August zugleich als die historische Wahrheit über den Strukturwandel. Ein kritisches Hinterfragen des Wahrheitsgehalts der Selbstdeutungen erfolgt nicht – was insofern ja auch legitim ist, als August mit Recht davon ausgeht, dass einflussreiche Selbstbeschreibungen und Zeitdiagnosen ganz unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt die soziale Realität beeinflussen.⁷⁶ Allerdings scheint mir August den sozialkonstitutiven Charakter von sozialwissenschaftlichen Diskursen zu überschätzen, was m.E. die Folge davon ist, dass er die technische und sozioökonomische Dimension bei seiner Untersuchung weitgehend vernachlässigt, die lediglich als notwendige Hintergrundbedingung oder Anlass für Diskursverschiebungen vorkommt.⁷⁷ Es wäre zu fragen, ob August den Einfluss und die Reichweite kybernetischer Denkfiguren und ihrer Vertreter nicht überbewertet, wenn er die epistemische Neuausrichtung in der Spätmoderne als „das Produkt ideenpolitischer Interventionen“ (378) versteht.

Zu fragen wäre auch, ob sich seit den 1970er Jahren vielleicht weniger die Regierungs- und Verwaltungspraxis in der sozialen Wirklichkeit als vielmehr die wissenschaftliche Perspektive darauf verändert hat, wodurch bestimmte Aspekte (z.B. informelle Praktiken der Kooperation und Selbstorganisation) hervorgehoben und andere (z.B. Befehl und Gehorsam) eher vernachlässigt wurden. Überspitzt formuliert: Handelt es sich beim konstatierten ‚epistemischen Bruch‘ zwischen Souveränitäts- und Netzwerkdenken am Ende nicht um eine ‚Wahrnehmungsrevolution‘, die weit weniger Veränderung in der Organisation gesellschaftlicher Prozesse bewirkt hat, als August annimmt?⁷⁸ Erfolgte am Ende in 1970er und 1980er Jahren nicht lediglich eine (mediale, wissenschaftliche, politische usw.) Aufwertung bereits zuvor bekannter indirekter und informaler Steuerungsinstrumente, Verhandlungssysteme und Mechanismen der Selbstorganisation, die bereits lange zuvor praktiziert wurden, aber eben nicht im Fokus sozialwissenschaftlicher Theorieproduktion

⁷⁶ Zur Thematik allgemein ALKEMEYER, Thomas, Nikolaus BUSCHMANN und Thomas ETZEMÜLLER (Hrsg.): *Gegenwartsdiagnosen: kulturelle Formen gesellschaftlicher Selbstproblematik in der Moderne*, Bielefeld: 2019, REESE-SCHÄFER, Walter: *Deutungen der Gegenwart: Zur Kritik wissenschaftlicher Zeitdiagnostik*, Stuttgart: 2019, OSRECKI, Fran: *Die Diagnosegesellschaft: Zeitdiagnostik zwischen Soziologie und medialer Popularität*, Bielefeld 2011. Als Überblick auch SILLER, Peter und Ole MEINEFELD: „Zur Einführung. Was heißt »Zeitdiagnose«? Anmerkungen zu einem nachgefragten Genre“, in: HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG (Hrsg.): *Stichworte zur Zeit. Ein Glossar*. Bielefeld 2020, S. 11–21.

⁷⁷ Eine ganz ähnlich gelagerte Kritik formulierte Rosa jüngst gegenüber Reckwitz. Dazu RECKWITZ, Andreas und Hartmut ROSA: *Spätmoderne in der Krise: Was leistet die Gesellschaftstheorie?*, Berlin 2021.

⁷⁸ Vgl. dazu die Diskussion bei GILCHER-HOLTEY, Ingrid (Hrsg.): „1968“ - *Eine Wahrnehmungsrevolution?, Horizont-Verschiebungen des Politischen in den 1960er und 1970er Jahren*, Berlin/Boston 2013. So auch Ingo Meyer mit Blick auf Philipp Sarasin: 1977. Eine kurze Geschichte der Gegenwart, Berlin 2021 im Literaturreport vom 05.08.2021 auf <https://www.sozio.polis.de/nicht-fisch-nicht-fleisch.html>: „Die Mängel solcher diskurshistorischen Arbeiten lagen schon immer offen zutage, beschreiben sie doch meist nicht mehr als die Semantiken flottierender Diskurse – und für einen Historiker ist das zu wenig. Deshalb fragt man sich das ganze Buch über, wessen ‚Strukturbruch‘ [...] hier eigentlich erzählt wird, und stellt zum Ende hin verblüfft fest: fast ausschließlich der bloßen Ideenproduktion. [...] Dass sich in den Siebzigern auf vielen Problemfeldern rhetorisch und auch faktisch scharfe Richtungswechsel ergaben, ist längst unstrittig.“

standen?⁷⁹ Und wies nicht die ‚Konzertierte Aktion‘ – ein zentrales Projekt keynesianischer Globalsteuerung, die August zum Souveränitätsdenken zählt – alle Merkmale des Netzwerkdenkens auf?⁸⁰ Überhaupt ließe sich vieles von dem, was August als genuine Innovation dem Netzwerkdenken zuschlägt, in der einen oder anderen Form in früheren Epochen ausfindig machen – wozu man freilich das von August angewendete starre Korsett einer Entweder-oder-Logik von Souveränitäts- oder Netzwerkdenken hätte aufgeben müssen.⁸¹ Erwähnt sei hier nur Peter Collins Ansatz einer ‚regulierten Selbstregulierung‘ und die entsprechenden Publikationen im Umkreis.⁸² Dort zeigt sich, dass gesellschaftliche Selbstorganisation vom Staat vielfach angeregt, kontrolliert und nicht zuletzt integriert bzw. kanalisiert wurde – die weit verbreitete Alternative einer spontanen Selbstregulierung der Gesellschaft ‚von unten‘ und einer ihr gegenüberstehenden repressiven Herrschaft des Staates ist ein Mythos.⁸³ Weitere Anschlüsse ergäben sich durch die Geschichte (kommunaler) Selbstverwaltung seit dem 19. Jahrhundert.⁸⁴ Vor diesem Hintergrund ließe

⁷⁹ MINDELL, David A.: *Between human and machine: feedback, control, and computing before cybernetics*, Baltimore 2004. Bereits älter PASLACK, Rainer und Peter KNOST: *Zur Geschichte der Selbstorganisationsforschung: ideengeschichtliche Einführung und Bibliographie (1940 - 1990)*, Bielefeld 1990, PASLACK, Rainer: *Urgeschichte der Selbstorganisation. Zur Archäologie eines wissenschaftlichen Paradigmas*, Wiesbaden 1991.

⁸⁰ REHLING, Andrea: *Konfliktstrategie und Konsenssuche in der Krise: von der Zentralarbeitsgemeinschaft zur Konzertierte Aktion*, Baden-Baden 2011. Zusammengefasst in REHLING, Andrea: „Die konzertierte Aktion im Spannungsfeld der 1970er-Jahre: Geburtsstunde des Modells Deutschland und Ende des modernen Korporatismus“, in: ANDRESEN, Knud, Ursula BITZEGEIO und Jürgen MITTAG (Hrsg.): „Nach dem Strukturbruch“? *Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er-Jahren*, Bonn 2011, S. 65–86. Allerdings, so würde August wohl einwenden, besteht zwischen den historisch nachweisbaren Praktiken dezentraler Handlungskoordination bzw. kollektiver Selbstorganisation und dem von ihm beschriebenen Netzwerkdenken ein entscheidender Unterschied: ältere Varianten des Gedankens einer nicht-hierarchischen, dezentralen Regulation autonomer Akteure basierten entweder auf der freiwilligen Selbstbegrenzung oder unfreiwilligen Beschränkung staatlicher Herrschaft, die als normatives Leitbild souveräner Regierung weiterhin Geltung beanspruchen konnte. Alternativer Modi der Koordination nicht-staatlicher Akteure sind vor diesem Hintergrund stets ‚nur‘ funktionelle Äquivalente eines im Hintergrund anwesenden, ggfs. intervenierenden Staates. Technologisches Regieren hingegen stellt die mehr oder weniger manifeste Gewalt des Staates als strukturbildendes Ordnungsprinzip des Sozialen radikal in Frage. An seine Stelle treten emergente Prozesse. Das Netzwerkdenken postuliert die Abwesenheit oder zumindest doch Wirkungslosigkeit intentional handelnder, zentraler Steuerungsinstanzen. Die ‚moderne‘ Trennung von Steuerungsobjekt und -objekt wird in ein polyzentrisches Handlungssystem aufgelöst, in dem soziale Ordnung das emergente, nicht-intendierte Ergebnis gegenseitiger Beeinflussung und Koordination von (freilich weiterhin intentional agierenden) Akteuren und Kollektiven ist.

⁸¹ Siehe etwa SCHUPPERT, Gunnar Folke: *Selbstverwaltung und Selbstregulierung aus rechtshistorischer und governancetheoretischer Perspektive*, Rochester, NY 2015.

⁸² Als Überblick lediglich COLLIN, Peter: „Regulierte Selbstregulierung in rechtshistorischer Perspektive: Studien und Materialien“, in: *Max Planck Institute for European Legal History Research Paper Series No. 2018-05 (subsidiaria et instrumenta)*. (2018), <https://ssrn.com/abstract=3170912> (abgerufen am 25.01.2019) und WIESENTHAL, Helmut: *Gesellschaftssteuerung und gesellschaftliche Selbststeuerung: eine Einführung*, Wiesbaden 2006.

⁸³ Dazu allg. SCHUPPERT, Gunnar Folke: „Assoziative Demokratie. Zum Platz des organisierten Menschen in der Demokratietheorie“, in: KLEIN, Ansgar und Rainer SCHMALZ-BRUNS (Hrsg.): *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland: Möglichkeiten und Grenzen*, Baden-Baden 1997, S. 114–152.

⁸⁴ HEFFTER, Heinrich: *Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert: Geschichte der Ideen und Institutionen*, Stuttgart 1969 und HILDEBRANDT, Jens: „Geschichte der kommunalen Selbstverwaltung“, in: *APuZ* 333 (2017), <https://www.bpb.de/izpb/257298/geschichte-der-kommunalen-selbstverwaltung> (abgerufen am 20.03.2021).

sich das technologische Regieren „in eine lange Reihe von Bemühungen einordnen, einen „dritten Weg“ zwischen staatlicher Planung und unkontrollierten Märkten zu finden“, wie es Grande formuliert.⁸⁵ All diese Fragen sollen hier gar nicht abschließend beantwortet werden. Es geht an dieser Stelle lediglich darum, auf ein Problem hinzuweisen, das von August zumindest hätte reflektiert werden müssen.

Ein Grund für die m.E. unzureichend reflektierte Überlagerung der Zeitdiagnosen der damaligen Akteure und Augusts historischer Rekonstruktion einer Transformation des Regierungspraxis liegt darin, den Einfluss sozialwissenschaftlicher Begriffsbildung auf politische Praxis zu überschätzen. August geht davon aus, dass „politische Theorien als gesellschaftliche Selbstdeutungen“ (24) „‘harte‘ sozialkonstitutive Effekte“ (ebd.) haben, da sie insbesondere in Krisenzeiten handlungsanleitend wirken können. Wie dies genau funktioniert, bleibt bei August letztlich offen. Hier rächt sich, dass August kein überzeugendes Angebot für die Übersetzung von Theorie in politische Praxis anzubieten hat (der Challenge-and-Response-Ansatz der politischen Ideengeschichte wird lediglich genannt, nicht ausgeführt).⁸⁶ Letztlich schließt August aus der Konjunktur einer neuen Semantik auf die Etablierung einer neuen politischen Praxis – etwa wenn er davon ausgeht, dass die Gesellschaft „zu einem Netzwerk geworden“ (11) ist und der Staat sich in eine „Vielzahl dezentraler Machtmechanismen“ (395) aufgelöst hat, was auf die „immense Strukturierungsleistung“ (379) und die „immense Wirkmacht“ (381) zurückgeführt wird, die die „kybernetischen Metaphoriken und Ordnungsmodelle“ (379) entfaltet haben. Auf diese Weise werden die stets auch normativ motivierten Theorien und Zeitdiagnosen der 1970er und 1980er Jahre zum strukturbildenden Ordnungsprinzip unserer Gegenwart hypostasiert. Augusts Anspruch, mit der Geschichte vom Aufstieg des Netzwerk-Denkens „einen Beitrag zur Selbstaufklärung der vernetzten Gesellschaft“ (378) zu leisten, geht also nur dann auf, wenn man Augusts implizite sozialontologische Vorannahme einer vernetzten Gesellschaft teilt.⁸⁷

Ein weiteres Problem, das aus Augusts Aufwertung der Gegenwartsdiagnostik von Foucault und Luhmann zur historischen Realität folgt, ist die unzureichende Erfassung der sozialwissenschaftlichen Forschungslandschaft der 1970er und -80er Jahre. Diese wird von August gewissermaßen durch die Brille von Foucault bzw. Luhmann wahrgenommen. Um die Neuartigkeit ihrer eigenen Ansätze (Foucault, Luhmann) bzw. des technologischen Denkens (August) hervorzuheben, werden die Theorien der Neuen Linken sowie die Vorschläge der Konservativen pauschal dem Lager eines veralteten, souveränen Regierungsdenkens zugeschlagen, das angesichts der neuen sozialen Komplexität nur unterkomplexe oder gar keine Lösungsstrategien für die Krise der Regierbarkeit im Angebot hatte (vgl. 210). Die selektive Wahrnehmung und bisweilen pervertierte Darstellung alternativer Ansätze zur Krisenlösung macht aus Sicht der Selbstinszenierung von Foucault

⁸⁵ GRANDE: „Governance-Forschung in der Governance-Falle?“, S. 569. Als Überblick noch immer instruktiv MARTINSEN, Renate: „Theorien politischer Steuerung - Auf der Suche nach dem dritten Weg“, in: GRIMMER, Klaus und WISSENSCHAFTSZENTRUM NORDRHEIN-WESTFALEN (Hrsg.): *Politische Techniksteuerung*, Opladen 1992, S. 51–73.

⁸⁶ So etwa HAY, Colin: „The ‚Crisis‘ of Keynesianism and the Rise of Neoliberalism in Britain: An Ideational Institutional Approach“, in: CAMPBELL, John und Ove PEDERSEN (Hrsg.): *The Rise of Neoliberalism and Institutional Analysis*, Princeton 2018, S. 193–218.

⁸⁷ Ist aber nicht gerade die Abwesenheit einer integrierenden, d.h. alle Funktionssysteme umfassende Diagnose ein Merkmal spätmoderner Gesellschaften, die eben kein Zentrum, dafür aber eine Vielzahl konkurrierender Systeme mit je eigenen Perspektiven auf das Ganze aufweisen – wie August übrigens im Abschnitt zu Luhmann selbst festhält?

und Luhmann als Ausnahmeerscheinungen im Mainstream des politischen Denkens durchaus Sinn. Als Grundlage für die Rekonstruktion der sozialwissenschaftlichen Debatten über Ursachen und Lösungen der Krisen der 1970er Jahre führt sie jedoch dazu, die Breite der sozialwissenschaftlichen Diskussionen und ihren Einfluss auf die Konjunktur der Kategorie kollektiver Selbstorganisation zu verkennen.⁸⁸ In der Konsequenz erscheint bei August einzig die Kybernetik und ihre Fortsetzung in Form des technologischen Denkens als Quelle von Innovation, während alle übrigen Ansätze und Theorien lediglich Rezepte der Vergangenheit aufwärmen.

Es kann hier nicht detailliert auf die sozialwissenschaftliche Theoriebildung der 1970er Jahre eingegangen werden. Festzuhalten ist aber, dass im Zuge des Aufstiegs der politikwissenschaftlichen Policy-Analyse, der Renaissance des (Neo-)Korporatismus oder der Verschiebung des Forschungsinteresses der Steuerungstheorie von der Steigerung (staatlicher) Steuerungsfähigkeit hin zur Analyse der (gesellschaftlichen) Steuerbarkeit analoge Topoi und Narrative auftauchten, wie sie das technologische Denken und seine kybernetischen Vorläufer verwendeten.

Für die der Sozialdemokratie nahestehende, reformorientierte Planungs- und Verwaltungsforschung gilt, dass sie sich seit Beginn der 1970er Jahre zunehmend mit postsouveränen Formen gesellschaftlicher Selbstregulierung beschäftigte.⁸⁹ Die Policy-Analyse, die in der bundesrepublikanischen Politikwissenschaft der 1970er Jahre zum dominierenden Forschungsansatz aufstieg, wird von August lediglich gestreift (z.B. 181, Fn. 51). Die damit im Zusammenhang stehenden Diskussionen, wie etwa über die (Neo-)Korporatismuskonzeption⁹⁰, über die Implementationsforschung⁹¹ oder über die Rolle intermediärer Instanzen und Organisationen⁹² finden bei August keine Erwähnung. Die Ausblendung dieser ‚konventionellen‘ Analysen der Politik- und Verwaltungswissenschaft lässt Foucaults Analysen tatsächlich als das heterodoxe Wissen erscheinen, als das es seine Anhänger gerne präsentieren. Durch Kenntnissnahme der Theorieentwicklung insbesondere in den Verwaltungswissenschaften seit den 1960er Jahren (aber auch z.B. der Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie von Thomas Kuhn, Ludwig Fleck oder Imre Lakatos) relativiert sich das von den Vertretern eines technologischen Netzwerkdenkens gepflegte Image, outside

⁸⁸ Siehe dazu LAND, Thomas: „Selbstorganisation als Krisenlösung. Die sozialwissenschaftliche Thematisierung kollektiver Selbstorganisation ab Mitte der 1970er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland“, in: BAUER, Reinhold und Wolfgang BURR (Hrsg.): *Das Ende des „Goldenen Zeitalters“? Der Strukturwandel der 1970er Jahre, seine Rezeption und Folgen aus interdisziplinärer Perspektive*, Stuttgart 2021, S. 183–217.

⁸⁹ Etwa MAYNTZ, Renate und Fritz W. SCHARPF: *Policy-Making in the German Federal Bureaucracy*, Amsterdam 1975 oder PANKOKE, Eckart, Hans NOKIELSKI und Thedor BEINE: *Neue Formen gesellschaftlicher Selbststeuerung in der Bundesrepublik Deutschland. Diskussion an Beispielen aus den Bereichen Bildung, Soziale Sicherung und Kommunale Selbstverwaltung*, Göttingen 1975.

⁹⁰ Als Überblick etwa KASTENDIEK, Hans: „Neokorporatismus?“, in: PROKLA 10/38 (1980), S. 81–106. Dazu allg. auch STREECK, Wolfgang: „Einleitung des Herausgebers. Staat und Verbände: Neue Fragen. Neue Antworten?“, in: STREECK, Wolfgang (Hrsg.): *Staat und Verbände*, Opladen 1994, S. 7–34.

⁹¹ WOLLMANN, Hellmut: „Implementationsforschung - eine Chance für kritische Verwaltungsforschung?“, in: DERS. (Hrsg.): *Politik im Dickicht der Bürokratie: Beiträge zur Implementationsforschung (Leviathan, Sonderheft 3/1979)*, Opladen 1980, S. 9–48.

⁹² KAUFMANN, Franz-Xaver u. a.: „Gesellschaftliche Bedingungen sozialpolitischer Intervention: Staat - intermediäre Instanzen - Selbsthilfe. Ein neues Schwerpunktprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft“, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 27 (1981), S. 31–49.

the box zu denken.⁹³ Kurzum: Die von August anvisierte Infragestellung der verbreiteten These einer umfassenden Neoliberalisierung der Welt seit Mitte der 1970er Jahre durch den Verweis auf alternative, parallel verlaufende Diskussionsstränge mag damit für die Politikwissenschaft neu und überraschend sein. Für die Zeitgeschichtsforschung und vor allem die Policy- und Verwaltungsforschung bzw. Steuerungstheorie stellt sie keinen neuen Befund dar.

Die empirischen Einwände verweisen auf ein definitorisches Problem: Zu fragen wäre nämlich, ob Augusts Verständnis von Steuerung nicht implizit einem von Renate Mayntz eingeführten, akteurszentrierten und staatsfixierten Verständnis von Steuerung folgt, wenn er diese als eine souveräne Regierungskonzeption mit „starken Machbarkeits- und Steuerungsideen“ (16) versteht, „in der die moralischen und ökonomischen Fliehkräfte der Gesellschaft durch eine hierarchisch übergeordnete politische Steuerungseinheit integriert werden“ (36). Mayntz grenzte Ende der 1980er Jahre Steuerung dezidiert gegenüber Governance ab, indem sie darunter eine zielgerichtete Verhaltensbeeinflussung eines Steuerungsobjekts durch ein zentrales bzw. übergeordnetes Steuerungssubjekt verstand.⁹⁴ Damit etablierte sie in der deutschsprachigen Forschungslandschaft den weithin akzeptierten Dreischritt von Planung – Steuerung – Governance, womit, so zumindest Bohne, ausgeblendet wird, dass Steuerung vor Mayntz' semantischer Engführung des Konzepts bereits viele Merkmale nicht-hierarchischer Kooperation sowie Selbstregulierungs- und Rückkopplungsmechanismen aufwies, die später als Neuerfindung des Governance-Konzepts ausgegeben wurden.⁹⁵ Ausgestattet mit einem hierarchischem Steuerungsbezug erscheinen alle Formen horizontaler Handlungskoordination als Innovation der späten 1970er- bzw. frühen 1980er Jahre. Die Folge ist, dass August das Vorhandensein kooperativer Steuerungsformen und -arrangements vor ca. 1975 unterschätzt, die – und diesen Punkt muss man August zugutehalten – tatsächlich eher in der sozialen Praxis als in der wissenschaftlichen Reflexion darüber anzutreffen waren.

Auch mit Blick auf die Neue Linke ließe sich fragen, ob die Theorieentwicklung nicht schon viel weiter war, als ihr Foucault, Luhmann und August zugestanden haben bzw. zugestehen möchten. Jedenfalls agierte nicht die gesamte Neue Linke so rückwärtsgewandt und dogmatisch, wie dies für die sogenannten K-Gruppen, also leninistische bzw. maoistische Kaderpartei marxisten zutreffen mag, die nicht zuletzt Foucault als Negativfolie dienten. In theoretischer Hinsicht ließe sich Althussers Kritik am humanistischen Marxismus, in

⁹³ Hier insb. die Arbeiten von Werner Jann, Wolfgang Seibel, Jörg Bogumil, Michael Ruck und Gunnar Folke Schuppert. Hier lediglich JANN, Werner: „Der Wandel verwaltungspolitischer Leitbilder: Vom Management zu Governance?“, in: KÖNIG, Klaus (Hrsg.): *Deutsche Verwaltung an der Wende zum 21. Jahrhundert*, Baden-Baden 2002, S. 279–303.

⁹⁴ MAYNTZ, Renate: „Politische Steuerung und gesellschaftliche Steuerungsprobleme - Anmerkungen zu einem theoretischen Paradigma“, in: *Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft 1* (1987), S. 89–110, MAYNTZ, Renate: „Politische Steuerung: Aufstieg, Niedergang und Transformation einer Theorie“, in: BEYME, Klaus und Claus OFFE (Hrsg.): *Politische Theorien in der Ära der Transformation (Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 26)*, Wiesbaden 1996, S. 148–168, MAYNTZ, Renate: „Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie?“, in: SCHUPPERT, Gunnar Folke (Hrsg.): *Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien*, Baden-Baden 2005, S. 11–20. Siehe auch die Unterscheidung zwischen transitiver und reflexiver Steuerung bei WIESENTHAL: *Gesellschaftssteuerung und gesellschaftliche Selbststeuerung*, S. 25–26.

⁹⁵ Siehe dazu BOHNE: *Verwaltungswissenschaft. Eine interdisziplinäre Einführung in die Grundlagen*, S. 135–137, S. 140-142 und das Fazit S. 159.

praktischer Hinsicht die Einrichtung alternativer Räume zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation als genuin linker Beitrag zur Überwindung gescheiterter Souveränitätsvorstellungen verstehen.⁹⁶ Die Abkehr von der Produktions- und die Hinwendung zur Reproduktionssphäre der Gesellschaft als zentrale Orte von sozialen Konflikten sowie der Versuch des Aufbaus und der Vernetzung Neuer Sozialer Bewegungen unterhalb bzw. außerhalb des Politikmonopols des Staates waren genuin linke Antworten auf die Krisen der 1970er Jahre, die sich nicht auf die Verbreitung eines kybernetischen Denkens zurückführen lassen.

Nachdem sich spätestens Mitte der 1970er Jahre herausgestellt hatte, dass die Strategie der proletarischen Wende wohl nicht erfolgreich sein würde, suchte man nach neuen Wegen der Veränderung der Gesellschaft.⁹⁷ Mit dem Scheitern der Fabrikintervention experimentierte man mit neuen Aktionen, Organisations- und Protestformen jenseits des Arbeitsalltags und der Industriebetriebe.⁹⁸ Spätestens mit der Implosion der K-Gruppen gegen Ende der 1970er Jahre ging es nicht mehr primär darum, die Einheit der Arbeiterklasse mittels zentralistischer und hierarchischer, den 1920er und -30er Jahre entlehnten Organisations- und Repräsentationsmodellen herzustellen, sondern die Singularität, Dezentralität und Heterogenität lokaler Kämpfe und Konflikte anzuerkennen und diese ggfs. miteinander zu verbinden.

Für August wäre der Wechsel des dominanten politischen Programms einer Komplexitätsreduktion (beispielhaft hier nur die Rede von den Haupt- und Nebenwidersprüche) zur Komplexitätsaffirmation (Pluralität von Zielen, Identitäten und Organisationsformen) ein Beleg für die vom technologischen Denken hervorgerufene Resonanz innerhalb der Neuen Linken. Zu fragen wäre aber, inwiefern eine Beeinflussung nicht auch in die andere Richtung erfolgte. So könnte etwa der auch in Deutschland einflussreiche italienische Operaismus als ein Beispiel herangezogen werden, das zeigt, wie auch im linken politischen Spektrum alte Denkmuster aufgebrochen werden sollten.⁹⁹ Das links-alternative Milieu der Spontis etwa grenzte sich explizit gegen ‚soveräne‘ Repräsentationsvorstellungen der K-Gruppen ab, bei denen eine ‚wissende‘ Avantgarde den ‚one best way‘ der Systemtransformation und das richtige Klassenbewußtsein von außen in die Industriearbeiterschaft ‚hineinträgt‘.¹⁰⁰ Jedenfalls ließen sich eine ganze Reihe von Beispielen anführen, die die gegenseitige Beeinflussung von Neuer Linken und Vertretern eines poststrukturalistischen Netzwerkdenkens belegen, was nicht zuletzt auch in den theoretischen Texten der Zeit seinen Niederschlag gefunden hat.¹⁰¹

⁹⁶ PASLACK, Rainer: „Selbstorganisation und Neue Soziale Bewegungen“, in: KROHN, Wolfgang und Günter KÜPPERS (Hrsg.): *Selbstorganisation: Aspekte einer wissenschaftlichen Revolution*, Wiesbaden 1990, S. 279–301 und KRIESI, Hanspeter: „Neue soziale Bewegungen: Auf der Suche nach ihrem gemeinsamen Nenner“, in: *Politische Vierteljahresschrift* 28/3 (1987), S. 315–334.

⁹⁷ GRINGMUTH, Sven: *Was war die proletarische Wende? Ein Beitrag zur Mentalitätsgeschichte der bundesrepublikanischen Linken*, Münster 2020.

⁹⁸ Vgl. ARPS, Jan Ole: *Frühschicht: Linke Fabrikintervention in den 70er Jahren*, Berlin/Hamburg 2011, S. 135–144 und S. 212.

⁹⁹ Siehe dazu *Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien (Schwerpunkt: Linke Betriebsintervention, wilde Streiks und operaistische Politik 1968 bis 1988)*, 15/1 (2016).

¹⁰⁰ Die Differenz zwischen Repräsentation und Artikulation der Interessen der Arbeiter bei ARPS: *Frühschicht*, S. 52 und S. 60ff.

¹⁰¹ FALASCA, Anina: „‚Spaßige Spontis‘ und ‚fröhliche Freaks‘. Zur theoretischen Neuorientierung der Neuen Linken um 1978“, in: *Arbeit - Bewegung - Geschichte. Zeitschrift für historische Studien (Schwerpunkt: Zauber der Theorie – Geschichte der Neuen Linken in Westdeutschland)* 17/2 (2018), S. 72–87, TOLOMELLI, Marcia:

Allgemein ließe sich die gesamte Geschichte der radikalen Linken nach 1975 als Suche nach Auswegen aus der Sackgasse erzählen, in die die Fabrikintervention, das Ideal der Mobilisierung der Arbeitermassen und die organisatorische Orientierung an Partei und Staat geführt hatten. Angesichts der Situation funktioneller Ausdifferenzierung moderner Gesellschaft – so wurde etwa von systemtheoretisch informierten, aber dezidiert linken Sozialwissenschaftler wie Dienel, Ronge, Schmiege, Narr und Naschold argumentiert – müsse der anachronistische Versuch einer simplen Entdifferenzierung fehlschlagen, da er – mit Luhmann gesprochen – „die komplexe Vielfalt gesellschaftlicher Rationalitäten“ (360) missachtet. Dementsprechend richtete man den Blick zunehmend auf alternative Formen der Koordination und Kooperation, die ‚am Staat vorbei‘ erfolgten – nicht zuletzt, um dort die Möglichkeiten politischer Interventionen auszuloten.¹⁰² Aber auch der außerparlamentarischen, radikalen Linken war klar, dass das neue Produktionsregime des Postfordismus die Ausbildung ‚flexiblerer‘ und ‚verstreuterer‘ Konflikt- und Kampfformen erforderte.¹⁰³ Nicht ohne Grund ließe sich das Motto der Neuen Linken seit Mitte der 1970er mit „Die Welt zu verändern, ohne die Herrschaft zu übernehmen“ (J. Holloway) zusammenfassen.¹⁰⁴

Auch für die Konservativen, oder genauer: die Neo- oder Liberalkonservativen¹⁰⁵ gilt, dass sie sich angesichts einer befürchteten Unregierbarkeit der Gesellschaft nicht einfach kampflös geschlagen gaben und sich mit dem Neoliberalismus verbündeten.¹⁰⁶ Vor allem

„Synergetische Begegnungen: Arbeit, Kultur und Subjekt im Kontext der 1968er-Bewegungen am Beispiel von Italien, Frankreich und der BRD“, in: *Arbeit - Bewegung - Geschichte Zeitschrift für historische Studien* 17/3 (2018), S. 20–38, KASPER, Sebastian: „Nach den grossen Utopien. Der Wandel der Protestbewegungen in den 1970er Jahren am Beispiel der Spontis“, in: BAUER, Reinhold und Wolfgang BURR (Hrsg.): *Das Ende des „Goldenen Zeitalters“? Der Strukturwandel der 1970er Jahre, seine Rezeption und Folgen aus interdisziplinärer Perspektive* 2021, S. 165–182. Dagegen werden die Spontis von Reichardt eher in eine romantische Tradition gestellt, die dem Souveränitätsdenken zuzuordnen wäre. Dazu allg. REICHARDT, Sven: *Authentizität und Gemeinschaft: linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren*, Berlin 2014. Und konkret REICHARDT, Sven: *War die antiautoritäre Linke neoromantisch?: exemplarische Beobachtungen zu alternativen Lebensformen in der Bundesrepublik Deutschland der siebziger Jahre*, Konstanz 2015.

¹⁰² RONGE, Volker (Hrsg.): *Am Staat vorbei: Politik der Selbstregulierung von Kapital und Arbeit*, Frankfurt am Main 1980.

¹⁰³ Siehe dazu zeitgenössisch die Beiträge der Zeitschrift „Autonomie: Materialien gegen die Fabrikgesellschaft.“ oder die Veröffentlichung aus dem Umfeld von „Lotta continua“.

¹⁰⁴ Der korrekte Buchtitel im Deutschen lautet: HOLLOWAY, John: *Die Welt verändern, ohne die Macht übernehmen*, Münster 2002.

¹⁰⁵ HACKE, Jens: *Philosophie der Bürgerlichkeit: die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik*, Göttingen 2006.

¹⁰⁶ Zeitgenössisch z.B. LIEDMAN, Sven-E.: „Neoliberalismus und Neokonservatismus“, in: *Das Argument* 24/134 (1982), S. 495–503, SAAGE, Richard: „Neokonservatives Denken in der Bundesrepublik“, in: FETSCHER, Iring (Hrsg.): *Neokonservative und „Neue Rechte“. Der Angriff gegen Sozialstaat u. liberale Demokratie in den Vereinigten Staaten, Westeuropa und der Bundesrepublik*, München 1983, S. 68–116, FETSCHER, Iring: „»Neo«Konservatismus und Krise“, in: *PROKLA* 14/56 (1984), S. 7–19. Für die Zeitgeschichte: WERDING, Martin: „Gab es eine neoliberale Wende? Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik ab Mitte der 1970er Jahre“, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 56/2 (2008), S. 303–323, BEULE, Peter: *Auf dem Weg zur neoliberalen Wende?: die Marktdiskurse der deutschen Christdemokratie und der britischen Konservativen in den 1970er-Jahren*, Düsseldorf 2019, WIRSCHING, Andreas: „„Neoliberalismus“ als wirtschaftspolitisches Ordnungsmodell? Die Bundesrepublik Deutschland in den 1980er Jahren“, in: PLUMPE, Werner u. a. (Hrsg.): *Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft: vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik*, Stuttgart 2012, S. 139–150, MÜLLER, Sebastian: *Der Anbruch des Neoliberalismus: Westdeutschlands wirtschaftspolitischer Wandel in den 1970er-Jahren*, Wien 2016, COOPER, Melinda: *Family values: between neoliberalism and the new social*

wäre hier das genuin konservative Projekt einer sozialmoralischen Erneuerung der Gesellschaft zu nennen (Stichworte: ‚Zivilreligion‘, Bürgertugend, Gemeinsinn, bürgerschaftliche Selbsthilfe usw.), womit sowohl überzogene Ansprüche der Bevölkerung gegenüber einem überlasteten Wohlfahrtsstaat beschränkt als auch die Eigeninitiative und das freiwillige – sowohl individuelle als auch kollektive – Engagement in Hinblick auf nicht-staatliche Formen der Solidarität gesteigert werden sollten.¹⁰⁷ Beides zusammen konvergierte in der ‚Wiederentdeckung‘ des Prinzips der Subsidiarität ab Anfang der 1980er Jahre, das gewissermaßen das konservative Gegenstück zur sozialdemokratischen ‚Wiederentdeckung‘ des Korporatismus darstellte und zugleich Anchlüsse ans linksalternative Milieu ermöglichte.¹⁰⁸ Die Anrufung bislang nicht aktivierter sozialmoralischer Ressourcen der Selbstorganisation jenseits von Staat und Markt wäre jedenfalls als genuin konservativer Beitrag zur Krisenlösung ernst zu nehmen. Zu diskutieren wäre, ob die Vorschläge eines neuen Wohlfahrtspluralismus, mit dem soziale Güter und Dienstleistungen jenseits der etablierten Medien von Recht und Geld zur Verfügung gestellt werden sollten, eine der Krisensituation angemessene Lösung formulierten. Für August scheiden sie aber von vorneherein als ‚zeitgemäße‘ Lösungen aus, da sie sich in der ‚veralteten‘ Logik der Souveränität bewegen, etwa weil sie weiterhin an einer zentralen ordnungspolitischen Rolle des Staates festhielten oder von der Möglichkeit der Geltung sozialintegrativer Normen und Werte ausgingen.

4 Fazit

Augusts Buch stellt ohne Zweifel einen gewichtigen Beitrag zur Diskussion um die emanzipatorischen oder repressiven Potentiale von Kybernetik dar, die gegenwärtig eine Renaissance erlebt.¹⁰⁹ Hierbei positioniert sich August auf Seiten derer, die die Kybernetik und dem von ihr inspirierten technologischen Regierungsdenken nicht als ein Programm zur Internalisierung von Fremdherrschaft¹¹⁰, sondern als ein emanzipatorisch ausgerichtetes

conservatism, New York 2017,; HANDSCHUHMACHER, Thomas: „Eine ‚neoliberale‘ Verheißung. Das politische Projekt der ‚Entstaatlichung‘ in der Bundesrepublik der 1970er und 1980er Jahre“, in: BÖSCH, Frank, Thomas HERTFELDER und Gabriele METZLER (Hrsg.): *Grenzen des Neoliberalismus: der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2018, S. 149–178.

¹⁰⁷ DETTLING, Warnfried (Hrsg.): *Die Zähmung des Leviathan: neue Wege der Ordnungspolitik*, Baden-Baden 1980.

¹⁰⁸ Als Überblick über die Diskussion Anfang der 1980er Jahre siehe SCHIMANK, Uwe und Manfred GLAGOW: „Formen politischer Steuerung: Etatismus, Subsidiarität, Delegation und Neokorporatismus“, in: GLAGOW, Manfred (Hrsg.): *Gesellschaftssteuerung zwischen Korporatismus und Subsidiarität*, Bielefeld 1984, S. 4–28; Siehe auch die Beiträge in HEINZE, Rolf G. (Hrsg.): *Neue Subsidiarität: Leitidee für eine zukünftige Sozialpolitik? [Konferenz in Hamm 1983]*, Opladen 1985, ASAM, Walter H. und Michael HECK (Hrsg.): *Subsidiarität und Selbsthilfe*, München 1985, RICHTER, Emanuel: „Subsidiarität und Neokonservatismus. Die Trennung von politischer Herrschaftsbegründung und gesellschaftlichem Stufenbau“, in: *Politische Vierteljahresschrift* 28/3 (1987), S. 293–314 und SCHUPPERT, Gunnar Folke: „Selbstverwaltung, Selbststeuerung, Selbstorganisation - Zur Begrifflichkeit einer Wiederbelebung des Subsidiaritätsgedankens“, in: *Archiv des öffentlichen Rechts* 114 (1989), S. 127–148.

¹⁰⁹ NOSTHOFF, Anna-Verena und Felix MASCHIEWSKI: „»We have to Coordinate the Flow« oder: Die Sozialphysik des Anstoßes. Zum Steuerungs- und Regelungsdenken neokybernetischer Politiken“, in: *Steuern und Regeln. Jahrbuch Technikphilosophie* 2019, S. 39–54, DAUM, Timo und Sabine NUSS (Hrsg.): *Die unsichtbare Hand des Plans. Koordination und Kalkül im digitalen Kapitalismus*, Berlin 2021.

¹¹⁰ TIQQUN: *Tiqqun: Kybernetik und Revolte [2001]*, Zürich/Berlin: Diaphanes 2007.

Projekt einer „Technopolitik von unten“¹¹¹ betrachten, das durch die Zuordnung zum Neoliberalismus ungerechtfertigt in Misskredit geraten ist. Gegen die pauschale Verurteilung von Kybernetik und technologischem Denken (sowie indirekt: Postmoderne) als entweder Ideologie oder subtile Herrschaftstechniken verweist August auf den subversiven Gehalt, der mit diesen Theorien verbunden war. Tatsächlich waren sie ursprünglich einmal als kritische Werkzeuge angelegt, um die starre Ordnung des Fordismus aufzubrechen – wie ihre historische Kontextualisierung bei August zeigt. Leider versäumt es August, den Umschlag dieser Theorien in das Gegenteil ihrer ursprünglichen Intentionen zu thematisieren, der ihnen m.E. immanent ist und sich nicht darauf zurückführen lässt, dass sie in die falschen Hände geraten sind.

Unabhängig von den beschriebenen Mängeln erhält man mit Augusts Studie insgesamt eine ausgezeichnete, wenn auch bisweilen einseitige Darstellung über Ursachen und Kontexte, die den bis heute anhaltenden Hype um postmoderne Theorie begründen. Bei der Lektüre sollte man allerdings stets im Hinterkopf behalten, dass August die Geschichte des technologischen Regierens auf der Grundlage des Selbstbildes ihrer Vertreter schreibt. Wer dies beachtet, kann eine Menge über die Argumentationsfiguren des Netzwerkdenkens und das Selbstverständnis ihre Vertreter erfahren, beispielsweise wie sich letzte ihren Lieblingsgegner ‚Souveränitätsdenken‘ konstruieren, um ihn anschließend zu zerlegen.

¹¹¹ SCHAUPP, Simon: *Technopolitik von unten. Algorithmische Arbeitssteuerung und kybernetische Proletarisierung*, Berlin 2021.